



### Die Zeitung von Studierenden und anderen jungen Leuten für jedermann!

Ja, die PuG ist anders! Die PuG verbindet Elemente des Internetzeitalters – Sharing, Posting, Kommentieren – mit dem Format einer klassischen Zeitung. Die PuG wirft die klassischen Rollenverständnisse durcheinander – bei uns sind die Leser die Autoren und die Autoren Leser. Verwirrend? Nur ein bisschen! Die PuG versteht sich als Forum für die Gedanken und Gefühle von Studierenden und anderen jungen Leuten zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen – und als Galerie für eure Kunst. Wir möchten, dass junge Stimmen gehört werden! Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, unterschiedliche und kontroverse Sichtweisen aus aller Welt einzufangen und möchten auf diese Art und Weise zum Nachdenken anregen und Diskussionen beginnen. Die Redaktion, bestehend aus Studierenden, leistet Euch bei Bedarf Hilfestellung beim Niederschreiben Eurer Gedanken und Ideen. Nutze Deine Chance und mische mit!

#### WIE BEITRAGEN?

Ihr studiert, seid jung oder fühlt Euch zumindest so und habt Lust beizutragen oder mehr zu erfahren, dann wendet Euch an uns.

Bitte reicht schriftliche Beiträge im doc-Format (Microsoft Word) oder einem kompatiblen Format und Bilder bzw. Fotos im jpeg-Format ein. Eine Maximalanzahl von 2000 Wörtern sollte nicht überschritten werden.

#### SO FINDET IHR UNS:

Aktuelle Themen, Trends und Beiträge?

Besucht uns auf Facebook: [facebook.com/wearepug](https://facebook.com/wearepug)

Texte hochladen?

Besucht unsere Homepage: [politik-gesellschaft.com](http://politik-gesellschaft.com)

Fragen und alles andere per E-Mail:

[kontakt@politik-gesellschaft.com](mailto:kontakt@politik-gesellschaft.com)

#### WANN BEITRAGEN?

Einsendeschluss für Artikel, Fotos und Kunstwerke für die achtzehnte Ausgabe der PuG ist: Montag, 15 August 2016.

## Editorial

Liebe Leser und Autoren,

die ersten Monate des Jahres 2016 waren ähnlich bewegt wie die letzten des Jahres 2015. Den denkwürdigen Auftakt bildete die „Silvesternacht von Köln“, in deren Nachgang der deutschen Politik- und Medienlandschaft anscheinend erstmalig aufgegangen ist, dass man für das „Rendezvous mit der Globalisierung“ (Schäuble) gerüstet sein muss: Dass es mehr Polizisten braucht und Integrationsmaßnahmen und dass man reden muss mit den EU-Partnern und etwa den afrikanischen Anrainerstaaten des Mittelmeers. Wenn die vernachlässigte Jugend aus den vernachlässigten Vierteln von Marrakesch und Paris auf einmal auch unser Problem sind, dann bedarf es institutioneller Antworten.

Das erste Halbjahr 2016 hielt weitere große Themen für uns bereit: In der Flüchtlingskrise wurde mit dem EU-Türkei-Abkommen ein neues Kapitel aufgeschlagen. Die Affäre Böhmermann vs. Erdogan setzte auf ihre Weise jenen Wettstreit fort, in welchem nie ganz klar ist, ob bloß „westliche Werte“ verteidigt werden oder ob es unter ihrem Deckmantel auch darum geht, anderer Menschen Werte anzugreifen. Und nicht zuletzt hat uns der Aufstieg des Donald J. Trump vom Manhattaner Glamour-Maskottchen hin zum Totengräber der Grand Old Party beschäftigt. Wer Lust hat, seine persönliche Meinung zu diesen oder anderen aktuellen Themen zu veröffentlichen oder wissen möchte, wie andere Kommilitonen und junge Menschen darüber denken, der ist herzlich eingeladen,

sich einmal unsere Facebook-Seite, die auch keine Facebook-Seite ist(!), zu besuchen: [facebook.com/wearepug](https://facebook.com/wearepug)

Wie immer widmet sich auch die siebzehnte Print-Ausgabe der PuG den etwas „größeren Linien“, also jenen Themen, die länger als ein paar Tage auf der politischen oder gesellschaftlichen Agenda stehen – oder stehen sollten. So widmet sich unser Schwerpunkt dem Thema Ungleichheit. Anlass ist eine Oxfam-Studie von Anfang 2016, nach der 62 Superreiche über so viel Vermögen verfügen wie die Hälfte der nicht-so-reichen Weltbevölkerung zusammengenommen. Ein Blick hinter die Kulissen der Tagesaktualität genügt, um zu erkennen, dass der Topos Ungleichheit einer ist, der so verschiedene Tagesthemen wie die Flüchtlingskrise, die Griechenland- und die Eurokrise, den Niedergang der SPD, ja sogar die vierte Meisterschaft des FC Bayern München in der Fußballbundesliga in Folge miteinander verbindet. Die Wahrnehmung von Ungleichheit als reales und drängendes Problem ist übrigens unabhängig von Klassenkampfrhetorik oder dem Umstand, dass der Autor dieser Zeilen BVB-Fan ist...

Liebe Kommilitonen und Freunde, werdet aktiv, drückt Euch aus, mischt Euch ein! Die PuG ist Eure Plattform: online und in Print. Nur gemeinsam sind wir die PuG!

Marc Philip Greitens  
- für die Redaktion -

## Folgt uns auf [facebook.com/wearepug](https://facebook.com/wearepug)

### PuG - The Newspaper by Students and other Young People for Everyone!

Yes, PuG is different! PuG is combining internet-age sharing, posting, commenting features with an old-school newspaper style. PuG disarranges the classical roles of “writers” and “readers” – here Readers *are* Writers and Writers *are* Readers. Confusing? A little, but no too much! PuG sees itself as a forum for students’ and young peoples’ thoughts and feelings about current political and societal issues – and as a gallery for your pieces of art. We want to make young voices heard. Our aim is to capture different and controversial points of view from all other the world in order to initiate reflections and debates. The Editorial Team, made up by students, guides and supports you in sharing your ideas and thoughts. Take your chance and get involved!

#### HOW TO CONTRIBUTE?

You are a student, you are young or you’re feeling as if you were and you are interested in contributing or getting any further information on PuG, please get in touch with us.

Written contributions should be handed in Microsoft Word .doc or compatible format, and be no longer than 2.000 words; pictures should be in .jpeg format.

#### THAT´S HOW YOU ARE GOING TO FIND US:

Recent topics, trends and texts?

Visit us on Facebook: [facebook.com/wearepug](https://facebook.com/wearepug)

Upload texts?

Please use our uploading tool on: [politik-gesellschaft.com](http://politik-gesellschaft.com)

Questions and everything else via e-mail:

[kontakt@politik-gesellschaft.com](mailto:kontakt@politik-gesellschaft.com)

#### WHEN TO CONTRIBUTE?

Submission deadline for articles, photos or pieces of art you would like to have published in PuG’s eighteenth edition will be: Monday, 15 August 2016.

Dear Readers and Authors,

The first months of 2016 have moved us starting with those unsettling events on New Year’s Eve in Cologne. Interestingly German politics and media seemed to be caught in surprise that we would not master our „rendezvous with Globalisation“ (German Minister of Finance Schäuble) without any preparation: Of course we need more police, more measures to integrate foreigners in our society and of course we need to talk with our EU and Non-EU neighbours. When the underprivileged youth from the underprivileged parts of Marrakech and Paris become our problem, too, we must find institutional answers.

There have been other hot topics in 2016 so far: The EU-Turkey deal opened up a new chapter in the European refugee crisis. The quarrel between German comedian Böhmermann and Turkish President Erdogan has been prolonging that ongoing and ambiguous tale of „Western values“ vs. other people’s values. Last but not least we have been witnessing the rise of Donald J. Trump from Manhattan glamour mascot to who may one day be remembered as Grand Old Party’s undertaker. If you would like to publish your personal opinion on one of these or other late news and topics or if you would like to know what fellow students and young people think about them, please visit our Facebook page: [facebook.com/wearepug](https://facebook.com/wearepug)

Following the tradition PuG’s seventeenth printed edition, too, is dealing with those subjects deserving longer lasting public attention. This time we asked you to give us your opinion about the challenges of inequality. The idea of this subject was prompted by Oxfam’s 2016 study resulting in the notorious headline of 62 superrich people owning as much as half of the rest of the world. In fact inequality is an underlying topos of quite a bunch of the prominent public discussions these days, i. e. the refugee crisis, the Greece and the Euro crisis, the downfall of the German Social Democratic Party (SPD) – and Bayern Munich winning the German football championship for the fourth time in a row. Seeing inequality as a problem is by the way independent of any Marxist rhetoric nor the fact that the author of these lines is an ardent Borussia Dortmund supporter...

Dear fellow students and friends, become active, express yourselves, get involved! PuG is your platform: online and in print. Only together we are PuG.

Marc Philip Greitens  
- for the Editorial Team -

Inhaltsverzeichnis: letzte Seite - Table of Contents: last page

# SCHWERPUNKT

## Demokratie neu denken

### Ungleichheit aus politikwissenschaftlicher Perspektive

2013 legte der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty in seinem Buch „Kapital im 21. Jahrhundert“ eine umfassende Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems vor. Seine Ausführungen über die Entstehung von Ungleichheit als Grundprinzip kapitalistischen Wirtschaftens schaffte es in die Bestsellerlisten und die Büros von Finanzministern der größten Industrienationen. Piketty nennt die höheren Erträge von Kapitalgeschäften verglichen mit dem Lohn aus Erwerbsarbeit ein Grundproblem unseres Wirtschaftssystems. Wenn man sich dem Thema der Ungleichheit aus politikwissenschaftlicher Sicht nähert, ist eine andere Frage von Relevanz: Wie kann es dazu kommen, dass in demokratischen Staaten eine Minderheit einen Großteil des gesellschaftlichen Reichtums auf sich vereint?

Ein Autor, dem die Antwort darauf zumindest mit ähnlichem öffentlichem Aufsehen wie Piketty gelungen ist, ist der englische Politologe Colin Crouch, der den Begriff der „Postdemokratie“ in seinem gleichnamigen Buch prägte. Ähnlich wie in vordemokratischen Zeiten sieht er die Machtverteilung in westlichen Industriestaaten in den Händen weniger vereint. Crouch beschreibt, wie in der „Postdemokratie“ globale Großunternehmen der Politik die Spielregeln vorgeben. Wahlen werden zu einem kontrollierten Spektakel, bei dem nur innerhalb des von Wirtschaftsinteressen vorgegebenen Spektrums an Alternativen gewählt werden kann. Die demokratische Öffentlichkeit zeichnet sich nicht mehr durch aktive Beteiligung am politischen Geschehen aus, sondern wird, abgesehen von der periodischen Stimmabgabe, zum passiven Beobachter. Politik wird, so Crouch, von wirtschaftlichen Eliten vorbestimmt, Politiker widersetzen sich diesen Interessen immer weniger. Die Entscheidungsfindung durch wenige Personen in der Postdemokratie erinnere an vordemokratische Zeiten mit monarchischen Herrschern.

Besonders in die Kritik Crouchs geraten dabei die sozialdemokratischen Parteien Europas,

die trotz ihrer historischen Rolle als Vertreter von Arbeiterinteressen der Vormachtstellung der Wirtschaftsinteressen erliegen und echte Alternativen für eine marktradikale Politik aufgegeben haben. Die ungleiche Verteilung von Reichtum wird dadurch zum prägenden Element der „Postdemokratie“. Angesichts des kürzlich erschienenen Oxfam-Berichts, nach welchem 62 Menschen so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammen, gewinnt Colin Crouchs Analyse weiter an Erklärungskraft.

Ein weiteres überzeugendes Werk zur Erklärung von Ungleichheit aus Sicht der Politikwissenschaften ist das Buch „Winner-Take-All Politics“ der amerikanischen Autoren Jacob Hacker und Paul Pierson. Die enormen Einkommens- und Vermögensunterschiede in den USA betrachtend, fragen sie, wie es dazu kommen konnte, dass in einem demokratischen Land seit den 1970er Jahren Politik betrieben wird, die den Reichen nutzt, nicht aber der Mehrheit der Bevölkerung. Als Beispiel nennen die Autoren die Einkommensteuer, die seit drei Jahrzehnten kaum ansteigt und selbst für Top-Verdiener nicht höher als für einfache Angestellte ist. Infolgedessen konnten die obersten 1% der USA ihr Einkommen seit 1979 um 256% steigern, während sich das untere Fünftel mit 11% Einkommenssteigerung begnügen muss. Hacker und Pierson kommen in der Begründung dafür zu einem ähnlichen Schluss wie Colin Crouch. Der Einfluss der Wirtschaft auf die Politik in den USA sei seit den 1970er Jahren so weit gestiegen, dass die politische Entscheidungen heute zu einem großen Teil von konservativen Wirtschaftseliten bestimmt werden.

Während seiner Präsidentschaft von 1969 bis 1974 brachte Richard Nixon die amerikanischen Unternehmen durch Preiskontrollen und andere Regulierungsmaßnahmen der hohen Inflationsrate gegen sich auf. Die Erfahrung einer Niederlage gegen die Politik führte zu einem Umdenken des Wirtschaftssektors. Das „aggressive lobbying“ war geboren, kleine Unternehmen und große Koope-

rationen schlossen sich zusammen und lösten die Gewerkschaften als einflussreichste Interessenvertretung ab. Während der Periode der „Politik des organisierten Kampfes“, bei der Unternehmen durch intensive Lobbyarbeit vorteilhafte Maßnahmen erstrebten, haben selbst von den Demokraten geführte Regierungen, etwa während der Amtszeit Jimmy Carters, die Wirtschaft weiter dereguliert. Es entstand ein System, das den Reichen nutzte und große Teile der Mittelklasse vernachlässigte.

Was den Erfolg der beiden Bücher ausmacht, ist ihre Abkehr von einem prozeduralen Demokratiemodell. Anders als viele politikwissenschaftliche Studien, beziehen Hacker, Pierson und Crouch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, wie zum Beispiel steigende ökonomische Ungleichheit, in ihre Beschreibung der Demokratie mit ein. Vielen Analysen mangelt es an einer solchen umfassenden Auseinandersetzung mit dem Gegenstand. So benutzen viele WissenschaftlerInnen die Datensätze der amerikanischen Institutionen „Freedom House“ und „Centre for Systematic Peace“, um orientiert an der mathematischen Modellierung der Wirtschaftswissenschaften Zusammenhänge zwischen dem Regierungstyp und sozio-ökonomischer Entwicklung zu berechnen, oder internationale Kooperationen, die Wahrscheinlichkeit von Konflikten zwischen Demokratien und Autokratien oder die Ursachen der Transition von Regierungen zu erforschen.

Das Problem dieser Einordnung von Regierungstypen in Indizes ist, dass sie ausschließlich institutionelle Strukturen berücksichtigen und damit einem prozeduralem oder minimalistischem Demokratieverständnis folgen. „Freedom House“ und „Centre for Systematic Peace“ bewerten, ob regelmäßige und faire Wahlen stattfinden, Bürger die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu äußern oder die Judikative unabhängig entscheiden kann. Schaut man sich die von Hacker und Pierson oder Crouch genannten Länder wie die USA, Großbritannien oder Italien in den Datensätzen an, dann sind diese sowohl

beim „Centre for Systematic Peace“ als auch beim „Freedom House“ als perfekt funktionierende Demokratien eingeordnet. Das eine Minderheit der Bevölkerung, wie bei den genannten Autoren beschrieben, hier einen großen Teil der gesellschaftlichen Ressourcen besitzt und politische Prozesse damit in ihrem Interesse beeinflussen kann, wird nicht als Einschränkung der Demokratie angesehen.

Der Philosoph John Rawls betonte 1971 in seiner Darlegung des egalitären Liberalismus, dass eine gerechte Verteilung von Gütern und Chancengleichheit unabdingbar für das Funktionieren einer Gesellschaft sind. Sowohl Jacob Hacker und Paul Pierson mit ihrem Konzept der „Winner-takes-it-all Economy“ als auch Colin Crouch in seiner Darlegung der „Postdemokratie“ veranschaulichen, dass eine faire Verteilung von Wohlstand in den Vorzeigedemokratien des Westens nicht mehr gegeben ist.

Die Autoren zeigen, dass finanzielle Ungleichheit dazu führt, dass eine kleine Gruppe durch ihre ökonomische Macht die Regeln der Politik und damit des Zusammenlebens stärker beeinflusst als die Mehrheit der Bevölkerung. Trotz der Existenz demokratischer Institutionen gibt es also keine Beteiligung der Gesamtbevölkerung an politischen Prozessen. Auch wenn das zugrundeliegende Verständnis von Demokratie zu idealtypisch sein mag, weil eine politische Partizipation jedes einzelnen Bürgers wohl Utopie bleibt, so trägt eine umfassende Diskussion dazu bei, Zusammenhänge besser zu verstehen und notwendige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Mario Lootz

- Georg-August-Universität Göttingen -

## Dr Jekyll and Mr Hyde

### The Geography of Urban Inequality

For Robert Louis Stevenson, author of *Treasure Island* and the 26th most translated novelist in the world, his hometown of Edinburgh was “what Paris ought to be”. At the time of his birth in 1850, the elegant, geometrically precise and somewhat Parisian boulevards of the Scottish capital’s New Town had just been completed, confirming Edinburgh’s place as a European, enlightened city. “Auld Reekie’s” writers, philosophers, engineers, poets, artists and aristocrats gratefully escaped the ancient, increasingly overcrowded confines of the Old Town into this ordered, exclusive paradise.

The dividing line between them was the Royal Mile, which flowed downhill from the former volcano upon which Edinburgh Castle is perched to the Palace of Holyroodhouse. Edinburgh’s rich, famous and well-connected

upper-class settled to its north; the city’s poor and anonymous and working-class were left behind to its south.

Today, both the Medieval Old Town and Georgian New Town are internationally-recognised as an UNESCO World Heritage Site. Both contain beautifully preserved examples of neo-classical architecture. However, even 166 years after the birth of both Stevenson and the New Town, this geography of inequality remains ingrained in the very fabric of the city. Suitably for the city that inspired him to pen *The Strange Case of Dr Jekyll and Mr Hyde*, Edinburgh remains a dichotomous, divided city. As Stevenson wrote: “Man is not truly one, but two”.

The New Town remains a prized, pricey postcode. Its sandstone townhouses are sold for millions of pounds. Here live Edinburgh’s

core Conservative, anti-independence vote. Meanwhile, on the other side of the Royal Mile, past the tourist attractions and beyond the shiny fashion stores, are some unloved, greying blocks of concrete social housing and older structures divided hastily and greedily into small flats by private sector landlords. Here live much of the immigrant and student poor, behind single-glazed windows struggling to keep out the harsh winds which thunder off the North Sea and whistle through the tight streets and dark closes.

Of course, as Edinburgh has expanded into a modern city of nearly half a million souls, the geography of its inequality has become more complex. In the post-war era social housing estates, the so-called “schemes”, were built to the west for a working-class now left to rot on the city’s outskirts. Such grim, bleak places inspired Irvine Welsh’s *Trainspotting*.

Leafy middle-class suburbs home to former Chancellor of the Exchequer Alistair Darling and former Royal Bank of Scotland chief Fred Goodwin sit to the south. In the decaying schemes of Niddrie and Saughton, the pro-independence Scottish National Party (SNP) is wildly popular. In the vibrant suburbs of Morningside and Merchiston, Scotland’s financial, legal and corporate establishment remain loyal to the Union. It is, in some ways, a *Tale of Two Cities* which Charles Dickens would have recognised.

This story is not specific to Edinburgh. In fact, the geography of inequality is mapped much more intensely onto the urban terrain of much larger cities beyond Scotland. Throughout Europe and North America, from London to New York, from Paris to

Fortsetzung auf Seite 4

## Fortsetzung von Seite 3

Moscow, we are witnessing the emergence and entrenchment of deeply divided “mega-cities”.

These gargantuan settlements of millions of people are the engine room of late capitalist globalisation; the nuclei of the movement people, culture and, most importantly, finance. They suck into their economic heart hundreds of thousands of highly skilled workers from all across the globe and hundreds of millions of pounds of investment from the world's richest corporations. Edinburgh is Europe's fourth-largest financial centre and home to large operations by the likes of HSBC, Standard Life and JP Morgan handling tens of billions of pounds in transactions and investments annually.

But this model is reliant on the invisible, digital transfer of money to and from far-flung places. It fails as to contribute to the productive local economy and often encourages deindustrialisation. It also depends upon the provision of cheap, unskilled and insecure labour to clean the offices, cook the meals and look after the privately-educated offspring of the financial services industry. Such cities' prosperous financial centres are surrounded by seas of poverty. Inequality is built into the geography and architecture of our urban spaces. It erects physical, as well as financial, barriers.

For the unemployed, rudderless young people of Niddrie, where food banks are now commonplace, the glass-fronted, high-rise workplaces of their high-flying compatriots from Morningside might as well be another

planet. The banlieue of Paris and Brussels are infamous prisons of poverty on the edge of the French and Belgian capitals. London's Mayor Boris Johnson, ironically an Oxford and Eton alumnus, has warned of an impending “social cleansing” of the poor from the central boroughs of the British capital. As Ben Judah reminds us in his recent Dickensian book *This is London*, the classic 21st century global mega-city is a hybrid land of Russian oligarchs and Romanian beggars, Prime Ministers educated at Eton and petty criminals trained at the school of hard knocks. As our European capitals get richer, most of their inhabitants seem to get poorer.

One cannot help but wonder whether class, that understandably stubborn obsession of the British national consciousness, might be at the root of this divide. Over 11,000 children are educated at private schools in Edinburgh at an average annual cost of £10,000, the highest proportion of anywhere in Scotland, where less than 4% nationally attend such schools. Yet 17% of Members of the Scottish Parliament, 50% of senior Scottish judges, 25% of students at the country's top universities and even 35% of the Scottish national rugby team were privately-educated.

Meanwhile, at least 50,000 people in the city live in poverty. For a single person, that means surviving on £125 or less per week. The UK government's weekly Job Seekers Allowance paid to the eligible unemployed is ‘up to’ £73.10. For those under the age of 25, it is ‘up to’ just £57.90. Contrary to conventional wisdom here and abroad, the UK welfare state is not generous, it is impoverishing.

Scottish political culture is heavily left-leaning. Inequality and poverty have been at the heart of the national conversation for several years, especially since the 2014 independence referendum when the Yes campaign argued that, with 1 in 6 Scottish children going to bed hungry every night, Westminster had failed Scotland's poor. It was not that Scotland could not afford to be independent, they said, but that Scotland's poor cannot afford to remain in the UK.

Scotland's political parties generally agree that inequality is far too high and needs to be tackled. But little real progress has yet been made. Edinburgh remains a city of Jekyll and Hyde. The limited powers of Scotland's devolved, progressive-dominated parliament often leave them waiting for Westminster to act. The Scottish Government is being pressured to abolish the charitable status afforded to Scotland's private schools which saves them millions of pounds in tax. Many on the Left have argued that the SNP must go further and outlaw private schools altogether. Only then, they say, could the vicious cycle of inequality which plagues cities like Edinburgh be replaced by a virtuous cycle of equal opportunity. The Unionist establishment which dominates Edinburgh, however, will fight such radicalism tooth and nail.

2016 is the year of rage against the establishment machine, on the left and the right – from the SNP to AfD, from Syriza to Donald Trump, from Bernie Sanders to Marine Le Pen. Inequality has become the political issue of our time. The core supporters of this new anti-establishment, radical politics are those

left-behind by neo-liberalism and forgotten by governments; those who been left to rot in the schemes of Edinburgh or the “rust-belt” towns of the American Midwest.

Such places are breeding grounds for anger, hopelessness and even violence, as the deprived Brussels banlieue of Molenbeek tragically proved with the 2015 Paris terrorist attacks it spawned. Poverty, in the indignity and suffering it causes, is violence – “another, slower kind but just as deadly”, as Robert F. Kennedy put it. These communities must be rebuilt and regenerated. A new generation of architects, engineers and urban planners must develop a new kind of spatially inclusive city. It will cost governments' billions. But the social and human cost of continued inaction will be far greater.

David Kelly  
-University of Edinburgh-

# Was war da nochmal links?

## Die Demontage der Idee einer besseren Welt

Die Veröffentlichung der Oxfam-Studie vom 18.01.2016 konnte trotz ihrer Brisanz, dass 62 Menschen so viel wie die Hälfte der Weltbevölkerung besitzen, niemanden nachhaltig beeindruckten. Sie ist ein kleiner Teil einer großen Wahrheit, der sich viele Leute zumindest im Ansatz bewusst sind. Der paradoxen Kumulation von Reichtum in den Händen Weniger stehen Milliarden von Menschen gegenüber, die so gut wie nichts haben. Weltweit, aber auch in Deutschland, kann man diese Zweiteilung in relativem Ausmaß vorfinden.

Eigentlich die perfekte Zeit für die Erfolgsaussichten linker Politikinhalt. Ein starker, regulierender, umverteilender Sozialstaat, der Werte wie Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität mit den Schwachen verkörpert, müsste in diesen Zeiten doch die Alternative sein, die hohe Wirkungskraft in Form von Wählerstimmen entfaltet. Warum aber können Vertreter linker Positionen – in meiner Betrachtung SPD und die Partei Die Linke – die genannte Vorlage nicht verwandeln? Eine Frage, die in Anbetracht der aktuellen Situation mehr als relevant ist und uns wohl noch länger beschäftigen wird.

Der Nährboden für linke Politikinhalt ist da. Jedoch finden reaktionäre, rechte Positionen die öffentlichkeitswirksameren Antworten. Schaffte es Ende der 1960er-Jahre eine humanistische, linksgeprägte, außerparlamentarische Opposition (APO), den Diskurs zu verschieben und politische Teilhabe zu erreichen, sehen wir heute wieder eine APO – jedoch eine rechte. Pegida, ihre Ableger auf der Straße und die rechtspopulistische AfD, die das Parteienspektrum aufmischt und bei zweistelligen Prozentzahlen liegen soll, trei-

ben den aktuellen Diskurs erfolgreich nach rechts, hin zu nationalstaatlichen, mehr als konservativen Lösungsansätzen. Ich möchte mich damit auseinandersetzen, wie SPD und Die Linke nicht nur sich als Parteien, sondern vor allem die Wirkungskraft linker Politikinhalt demontieren. Damit spielen sie eine relevante Rolle für die Zuspitzung sozialer Ungerechtigkeit. Ebenfalls möchte ich mich mit den Folgen dieser Demontage für die politische Kultur in Deutschland auseinandersetzen und schließlich Ideen einer Stärkung linker Positionen im parlamentarischen System diskutieren.

2005 gab es eine arithmetische Mehrheit für eine linke Koalition unter Beteiligung der SPD, der Partei Die Linke und den Grünen. Vertreter von SPD und Die Linke konnten nicht genug betonen, dass eine Koalition inhaltlich nicht machbar sei. Warum kommen diese Parteien nicht zusammen? Dass SPD und Die Linke keine gemeinsame parlamentarische Wirkungskraft entfalten, ist auf ein „doppeltes Versagen“ zurückzuführen. Zum einen sind die Fronten zwischen beiden Parteien auf inhaltlicher Ebene verhärtet, zum anderen spielen Vorbehalte zwischen Persönlichkeiten beider Parteien eine Rolle für das Scheitern einer linken Koalition auf Bundesebene.

### Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine und das Jahr 1998

Nach 16 Jahren CDU-Regierung unter Helmut Kohl wurde Gerhard Schröder (SPD) zum Kanzler gewählt, Oskar Lafontaine wurde in der rot-grünen Koalition Finanzminister. 1999 trat dieser unter Kritik an der neoliberalen Neuausrichtung der SPD unter

Schröder zurück, verließ wenig später die Partei und machte endgültig den Weg frei für eine neue SPD. Indem sie die Wirtschaft durch die Agenda 2010 einer zunehmenden Selbstregulierung überließ und Wirtschaftsinteressen zum Einzug in die Geschicke des Wohlfahrtsstaates verhalf, schaufelte sich die einstige Partei der kleinen Leute ihr eigenes Grab. Im Fokus des Identitätsverlustes stehen die Arbeitsmarktreformen des Hartz IV-Gesetzes, die damals bereits von Gewerkschaften bis in die eigene Partei kritisiert wurden. Auch der Politologe Albrecht von Lucke definiert Hartz IV als „mehr als ein bloßes Gesetz“, vielmehr bedeutet es „für Tausende Menschen ein radikales Gefühl der Verunsicherung ihrer Lebensläufe, die Sorge, von einem Tag auf den anderen ins Nichts zu stürzen“. Auch er unterstellt der Agenda 2010 die „Entsolidarisierung“ beziehungsweise „Entsozialdemokratisierung“ der einstigen Volkspartei SPD. Der einhergehende Verlust der sozialdemokratischen Identität – die Solidarität gegenüber den wirtschaftlich schwächer Gestellten einer Gesellschaft – stellt für die SPD bis heute ein Trauma dar. Die einstige Wählerklientel zeigt der SPD die rote Karte – seit 1998 hat die Partei 15% ihrer Stimmenteile bei Bundestagswahlen verloren.

Nur in Abgrenzung zur sich wandelnden SPD konnte Die Linke erst entstehen. Sie sieht es als ihren Auftrag an, verlorene gegangene, linke Positionen im Parteienspektrum wieder zu vertreten und damit die Lücke zu schließen, die die SPD hinterlassen hat. Oskar Lafontaine prägte die Entstehung dieser Alternative links der SPD. Er macht bis heute keinen Hehl daraus, dass er die Entwicklung und den Zustand der SPD verachtet, ging seinem Abgang aus der SPD doch ein erbitterter

Machtkampf voraus, ausgetragen auf allen Ebenen – auch der zwischenmenschlichen. Nicht nur die inhaltliche, sondern auch die persönliche Abneigung Oskar Lafontaines gegen seine alte Partei hat bis heute Einfluss auf das Selbstverständnis der Partei Die Linke, die sich konsequent, vorbehaltlos und reflexartig gegen die SPD positioniert. Zwei Parteien sind entstanden, die ein potentiell linkes Wählerspektrum aufspalten und somit eine parlamentarische Stärkung linker Positionen verhindern.

Die SPD konnte das Trauma des eigenen Identitätsverlustes seitdem aufgrund der Notwendigkeit realpolitischer Kompromisse und ihres Willens zu regieren, nicht überwinden. In der großen Koalition mit der Union hat sie ihren Charakter als Volkspartei verloren und stellt für die CDU ein Mittel zur Mehrheitsbeschaffung dar. Den Weg zurück in die Opposition will die SPD nicht gehen, vielmehr richtet sie sich in ihrer Rolle als kleiner Partner in der großen Koalition einer Politik der Mitte ein. Auch die Wählerklientel hat sich verändert, wendet sich die SPD nun zuallererst an die Mitte der Gesellschaft und nicht an die Schwachen - Sigmar Gabriel beschreibt es unter dem Motto „People who work hard and play by the rules“ und fasst damit den Verlust des einstigen Solidaritätsgedankens treffend zusammen. Mit der Ausrichtung auf die Mitte schreibt die SPD im Prozess ihrer eigenen Entsolidarisierung gerade das große Wählerpotential marginal Beschäftigter, Arbeitsloser und wirtschaftlich Schwacher ab, deren Anzahl durch die Agenda 2010 in die Höhe getrieben wurde. Keine Frage, dieser Identitätswandel hinter-

Fortsetzung auf Seite 5

## Fortsetzung von Seite 4

lässt Spuren in der Geschlossenheit der eigenen Partei und begünstigt die Vehemenz der Kritik von Seiten der Partei Die Linke. Neben der Abneigung gegenüber der medialen Anfeindung durch Die Linke betont die SPD stets, auf Bundesebene nicht koalieren zu wollen, da Die Linke nicht regierungsfähig sei. Zurückgeführt wird diese Beschreibung auf das Vorherrschen linker Ideologien der radikaleren Sorte, insbesondere die kategorischen Ablehnung gegenüber Auslandseinsätzen.

Tatsächlich ist Die Linke alles andere als homogen. Zwar ist hier der Grundkonsens deutlich solidarischer geprägt. Ein umverteilender Sozialstaat und eine Stärkung der wirtschaftlich Schwachen sind Basis gemeinsamen Handelns. Jedoch hat vor allem der Flügel um Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine die Oppositionsrolle und die reflexartige Denunziation der SPD zur Identität ihrer eigenen Partei erkoren. So scheint für den unkritischen Fernsehzuschauer Die Linke, vertreten durch ihre mediale Schachfigur Sarah Wagenknecht, Dauergast in politischen Talkshows, aus Personen zu bestehen, die sich aus der Oppositionsrolle heraus denunziatorisch am Selbstverrat der ehemaligen Volkspartei SPD ergötzen. Nachvollziehbar, nur leider nicht zielführend. Die Linke nimmt sich durch die Form ihrer Kritik die Möglichkeit, einen wirklichen Prozess bei der SPD anstoßen zu können und liefert mit ihr im gemeinsamen Duett das Schauspiel des sich selbst zeretzenden, vermeintlich linken Parteienspektrums.

### Folgen für die politische Kultur

Auch wenn der Opportunismus und die Adaptionfähigkeit der CDU unter Angela Merkel linke Politikinhalt schwächen mögen und somit zu schlechten Wahlergebnissen der beiden Parteien führen, halte ich die Aufspaltung des linken Parteienspektrums in zwei Parteien, die auf Bundesebene nicht miteinander kooperieren und deren Unfähigkeit die Wähler zu überzeugen, für den wahren Grund für Angela Merkels Erfolg. Das Versagen der SPD und Die Linke ebnet

damit Merkel auch für die Wahl 2017 fleißigen Weg. Das ist nicht nur problematisch für den Teil der Bevölkerung, der nicht hinter ihrer Politik steht. Es ist eine Tragödie für die politische Parteienkultur und die parlamentarische Demokratie in Deutschland. Anscheinend gibt es mit der CDU nur noch eine Volkspartei, um die verschiedene Koalitionspartner ihre Bahnen ziehen. Diese Alternativlosigkeit der Realpolitik der Mitte führt zu einer Monokultur und zu einem Ausschluss randständiger Positionen, denen eine politische Teilhabe damit vorenthalten bleibt. Eine Stärkung der Randparteien wird hervorgerufen und da Die Linke medial keine schlagkräftige Taktik verfolgt, um ihre Inhalte durchzusetzen, und eine linke Alternative mit der SPD bereits medial „zersägt“, bestimmen aktuell rechte, nur scheinbar konsistente Positionen und Narrative den Diskurs. Die vermeintliche Alternativlosigkeit der Realpolitik der Mitte ist auch ein Grund für das Gespenst der sogenannten „Politikverdrossenheit“. Der Eindruck, dass sich bei den nächsten Wahlen inhaltlich nichts ändern wird, scheint in Anbetracht der reaktionären Monokultur der Großen Koalition keine nihilistische Ausrede, sondern immer mehr eine realistische Betrachtung darzustellen. Dabei bleiben Menschen, die in prekären Verhältnissen leben und die eigentliche Adressatengruppe linker Positionen darstellen, Wahlen immer öfter fern. Studien belegen, dass Wahlen in Zukunft nicht mehr sozial repräsentativ sein könnten. Paradoxerweise schaffen es linke Positionen nicht, die Menschen zur Wahl zu bewegen, für die sie sich mit ihrer Politik eigentlich einsetzen wollen.

### Ideen

Einer Kooperation beider Parteien muss eine jeweils innerparteiliche Neujustierung von Inhalten und Personalien vorangehen. Damit die SPD sich wieder glaubwürdig als sozialdemokratische Partei definieren kann, braucht es einer mutigen Handlungsstrategie. Eine öffentliche und transparente Läuterung, ein Aufarbeiten des Verlustes der eigenen sozialdemokratischen Identität wäre nicht nur mutig, sondern das Eingestehen ei-

gener Fehler auch ein Zug von Menschlichkeit. Ein Prozess ehrlicher Reflexion hat gute Chancen, bei der immer größer werdenden Masse von Nicht-Wählern das Vertrauen in eine wertegestützte, authentische Politik wiederherzustellen. Dieser öffentliche Aussöhnungsprozess mit den einstigen Werten und ehemaligen Wählern könnte der Partei Die Linke ihre inhaltlichen Vorbehalte gegenüber der SPD nehmen. Jedoch muss auch sie sich bewegen. Kernpunkte sind hier für mich die denunziatorische Rhetorik und der überhebliche Habitus gegenüber der SPD in den Medien. Ein rhetorisches Waffenstrecken wäre ein erster Schritt eines Prozesses, der die Möglichkeit einer Kooperation auf Bundesebene eröffnet. Weiterhin sollte Die Linke sich in einen innerparteilichen Kommunikationsprozess begeben und realistische und idealistische Position ausdiskutieren, um eine kooperative Haltung definieren zu können. Die Linke scheint zu unbeweglich in Zeiten eines europäischen Rechtsruckes und der Herausforderungen, die die Migrationsbewegungen mit sich bringen. Solidarische, egalitäre Positionen sind nicht nur nötig, sondern momentan essentieller denn je.

Die grundpazifistische Haltung ist eine wertvolle Position, die es zu unterstützen gilt. Jedoch sollte in einem möglichen Prozess hin zu mehr Kooperation diese Haltung verhandelbar sein. Man kann sie an Bedingungen knüpfen. Die Chance durch eine stärkere parlamentarische Vertretung linker Ideale in Koalition mit der SPD die Außenpolitik und die Rolle des Militärs nachhaltig zu verändern und zu gestalten, wird bislang nicht genutzt. Daher ist es zu diskutieren, ob sich Die Linke und SPD in ihrer Haltung zu Auslandseinsätzen wirklich diametral gegenüberstehen müssen. Die Linke möchte nicht den gleichen Verlauf nehmen wie die SPD oder Die Grünen, die sich in ihrer Werteorientierung mit der Zeit in der reaktionären Realpolitik abgenutzt haben – mehr als verständlich und auch durchaus sympathisch. Jedoch ist eine starke linke Koalition auf Bundesebene in Zeiten sich verschiebender Diskurse, deregulierter Märkte und zunehmender sozialer Ungerechtigkeit um jeden Preis anzustreben,

wenn der soziale Gedanke wieder Einzug in den Bundestag erhalten soll.

Die Frage, die man sich stellen muss: Wird man hier der Verantwortung der Realisierung der Idee einer solidarischen Gesellschaft gerecht, wenn man sich durch die beschriebene Positionierung einer politischen Teilhabe entzieht? Die Linke wird die Dynamiken und die Regeln des Politikbetriebes aus der Oppositionsrolle nicht verändern können. Vielmehr überlassen die beiden Akteure, ineinander verbissen, rechten und konservativen Kräften das Feld. Durch ihre selbstverschuldete Handlungsunfähigkeit werden sie dem Ideal einer solidarischen Gestaltung des parlamentarischen Diskurses und damit auch der Gesellschaft nicht gerecht. Nicht zuletzt deswegen ist es erforderlich, dass beide Parteien ihre Personal- und damit auch Öffentlichkeitsstrategie überdenken. Der SPD scheint der Mut zu unkonventionellen Positionen und Persönlichkeiten in Aufopferung für die Politik der Mitte zu fehlen. Und auch Die Linke kann trotz argumentativ sympathischer Talkshowauftritte nicht entscheidend punkten. Neue Akteure und mediale Strategien sind zu diskutieren. Die Notwendigkeit einer Politik, die auf Solidarität und sozialer Gerechtigkeit beruht, ist vielen Wählern bewusst. Solange die SPD und Die Linke keinen Weg zur Kooperation finden und dieses vorhandene Bewusstsein nutzen, wird die Union weiterhin Wahlen gewinnen und rechten Randparteien ein Handlungsspielraum eröffnet. Außerdem wird einer sich nach rechts verschiebenden, reaktionär marktkonformen Politik und der Zuspitzung sozialer Ungerechtigkeit weiter freies Geleit gegeben.

*Adrian Altmayer*  
-Universität Hamburg-

# Coming Up for Air

## An Essay on Environmental Racism

On March 3rd of last year, a drinking water test at a resident's home in Flint, Michigan detected lead levels nearly thirty times greater than the US Environmental Protection Agency's allowed maximum. This test was the beginning of a catastrophe that would lead to a state of emergency for the surrounding county, serious long-term injuries to more than six thousand children, and the death of ten residents. Furthermore, the Flint water crisis would invigorate a debate that had been in and out of newspapers, talk shows, and newscasts frequently in the past years. This debate attempts to explain why the percentage of black Americans in the vulnerability zones of more than 3400 chemical facilities is 75% greater than for the U.S. as a whole, why African American children are three times more likely to suffer from an asthma attack than white children, and why the government of an impoverished city of predominantly black citizens decided to change the city's water supply to an inadequate and polluted source to save costs.

Environmental racism may be a controversial debate. Some argue that government

agencies and corporations racially discriminate against minorities when planning the distribution of hazardous industrial sites, waste treatment plants, landfills, and other polluting facilities. Others maintain that such decisions are purely economic, and that minorities bear the largest burden of such facilities due to the greater problem of income inequality between different races of the US. Yet one cannot dispute the fact that groups of minor political power are exposed to greater quantities of hazardous pollution than more privileged and politically represented groups, and that not enough is being done in the US to ensure equitable access to basic necessities, such as fresh air and clean water.

Nevertheless, environmental racism goes beyond income inequality. Research has shown that black Americans with an income of fifty to sixty thousand dollars are more likely to live in polluted neighborhoods than white Americans with an income of ten thousand dollars a year. The lack of representation of minorities' rights in the procedures, which determine the distribution of environmental burdens, is a serious problem. You do not have to go far beyond recent crises, such as the Flint catastrophe, to see that access to

clean water and air is a privilege and not a guaranteed right to all communities. For example, three of the largest hazardous waste landfills, accounting for more than 40% of the landfill capacity in the US, are located in predominantly black zip codes. In Los Angeles, the public schools within the most air-polluted areas of the city are 92% minority, and throughout the country, seventy-eight percent of African Americans live within 30 miles of a coal-fired power plant.

But even in the absence of evidence supporting environmental racism, the way in which the burdens of our growing industry are planned is distressing. A research paper by Tufts University's Global Development and Environment Institute titled "Environmental Justice: Income, Race, and Health" outlines some of the thoughts behind such planning methods. As described in the paper, economists may attempt to calculate the value of a statistical life to understand the costs of environmental degradation, by estimating the forgone future income of a citizen, if he or she dies. Such an analysis is used to quantify the forgone economic benefit of locating a hazardous facility in certain neighborhoods. The fact that such purely mathematical eval-

uations of the worth of communities are considered as part of the process of finding a suitable site for industry is inhuman, and the selective victimization of minorities who have little political power to defend themselves is criminal. And yet it seems inevitable that such calculations are made when governments evaluate decisions, such as the change of Flint's water supply, the location of garbage-burning incinerators in Chester, Pennsylvania and the distribution of 150 petrochemical plants in Louisiana's Cancer Alley, all of which have placed a disproportionate burden on minorities.

In a world that is increasingly prone to environmental degradation, we need to learn how to equally share the burden of pollution and climate change and ensure a fair representation of minorities in environmental issues. This cannot be done using economic theories. The forces of industrialization and urbanization are crude and harsh. We need a more human approach. Corporations in search of land for a polluting facility will always continue to act in financial interest and select land with the lowest land value

*Fortsetzung auf Seite 6*

## Fortsetzung von Seite 5

for their sites, which is often in close proximity to low-income residential areas. And vice versa: economic factors have commonly forced low-income populations to reside in the residential districts with the lowest land values, often found adjacent to polluting industrial areas. Yet there comes a time when these purely economic interactions are too serious a threat to leave untouched, especially when they are accompanied by the corruptive exploitation of the lack of political power of a country's minority population. This time is now, a time in which politicians in the US can run for public office while denying the existence of man-caused climate change.

A time in which not even the words of Leonardo DiCaprio can convince enough people of the fact that the US government is incapable of dealing with climate change, much less environmental racism. The degree of inequality in the share of environmental degradation that we see today is representative of what will continue to become a one-sided war on pollution, a continuous outsourcing of contamination to those who cannot resist.

There are two solutions to this problem, both of which should be employed. We can reduce the degree of environmental degradation and we can learn to share its burdens equally. Re-

ducing our impact on the environment will be crucial in the long run, and should be a primary concern to governments and individuals around the world. Yet this will not solve the problem of environmental racism in the short run. Nevertheless, simply distributing the negative externalities of our production industries on all citizens is also not a solution. It would threaten to make our urban landscapes completely uninhabitable and will not change the fact that wealthier citizens have more choices than low-income communities. Nevertheless, we need to incentivize all of society to become more conscious of the environment, and this cannot

be done when the burdens of environmental degradation are outsourced to minority populations and developing countries, which share the least responsibility for this damage.

We may not yet have a solution to climate change. We may never find one. But while pollution and waste disposal increase, while weather on Earth becomes more extreme and climate change continues, we must promise to provide an equitable access to the basic necessities of life for everyone.

*Endric Daues*  
-Columbia University-

# POLITIK

## Transatlantische Zukunft

### Über unsere Partnerschaft mit den Amerikanern

Es sieht schlecht aus für die Vereinigten Staaten. In Geiselhaft genommen von einer Horde wütender Bürger, die ihren toupierten Wunschkandidaten mit lächerlichen Aussagen von Sieg zu Sieg eilen lässt. Gezwungen, sich zu zerfleischen, nicht nur politisch, sondern auch sozial. Jeden Tag, egal ob in den großen Städten mit ihren sozialen Gefällen oder am Land, wo rückständige Kirchentraditionen aller Couleur auf den vereinzelt Wunsch nach Fortschritt treffen. Das Land, in dem alles höher, schneller, weiter, besser sein soll, eingeholt von den Geistern, die sein Volk selbst rief. Radikalisierung allerorts, ein unmenschliches Gesundheitssystem und eine Menge Kaltherziger, die daran festhalten möchten. Einmischung überall, nur dort nicht, wo sie vonnöten wäre.

Sind das tatsächlich die Vereinigten Staaten im Jahr 2016? Oder handelt es sich dabei bloß um die deutsche Vorstellung von den Vereinigten Staaten? Wir leben in Zeiten, in denen der deutsche Internetleser binnen Minuten von jedem Geschehnis in jedem Dorf eines noch so kleinen Bundesstaats erfahren kann. Deshalb scheint es zunächst merkwürdig, dass bei der geraumen Zahl an Meldungen, die wir an all unseren großen und kleinen Computern lesen können, einer bestimmten Art von Nachrichten besonders oft Aufmerksamkeit geschenkt wird – Sensationsmeldungen. Ob groß oder klein, spielt dabei keine Rolle, wohl aber, dass man zunächst ungläubig darauf reagiert, zumeist, weil „das doch niemand machen“ würde. Weil „das einem Industriestaat unwürdig“ sei. Weil „wir doch nie so blöd“ wären. Oder vereinfacht, weil „sowas doch nur in Amerika geht“.

#### Begeisterte Ignoranz

Denn während in den USA eine weitgehend nüchterne Berichterstattung über Deutschland erfolgt, scheint andersherum das Gegenteil der Fall zu sein. Es herrscht eine Stimmung des Unverständnisses und der moralischen Überlegenheit, welche ihren Ausdruck finden im Gelächter über republikanische Präsidentschaftskandidaten, im Kopfschütteln über das Recht der Amerikaner, Waffen zu besitzen und in der Erschütterung über ein System, welches den Einzelnen in den Mittelpunkt stellt. So verwundert es nicht, dass der Präsidentschaftskandidat mit den meisten Erwähnungen in deutschen Medien Donald J. Trump ist und dass dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP im ersten Impuls negative Folgen für den deutschen Verbraucher nachgesagt werden.

Noch 2009 sah die Welt ganz anders aus: Als Barack Obama sich anschickte, der erste schwarze Präsident der Vereinigten Staaten zu werden, und mehr als 93% der Deutschen glaubten, Obama werde international das Richtige tun, stellte diese Wahrnehmung eine klare Veränderung gegenüber derjenigen seines Vorgängers George W. Bush dar – diesem sagten lediglich 14% der Deutschen im letzten Amtsjahr nach, er würde das Richtige tun. Nur wenige Jahre später ist die Enttäuschung groß, ist doch das Festhaltungslager Guantánamo Bay immer noch nicht geschlossen und das Nahost-Problem ungelöst, wenn nicht verschärft.

Liegt die Ernüchterung an neuen Entwicklungen oder lediglich am Verblassen des kurzfristig verbesserten Eindrucks? Es ist wünschenswert, die wiederkehrenden Abfälligkeiten rational zu begründen. Es scheint sich dabei um ein größeres Problem zu handeln: Gute Neuigkeiten finden ihren Weg nicht in die Köpfe der Hiesigen, schlechte schon. Und auch während es verständlich ist, dass „bad news“ einfach öfter gelesen werden, erklärt es nicht die regelmäßig geübte Ignoranz gegenüber neutralen Fakten. Benghazi? Nie gehört. E-Mails der Herausforderin Clinton? Unwichtig. Donald J. Trump, der einen Reporter eines spanischsprachigen Fernsehsenders ihn nicht unterbrechen lässt? Ganz wichtig! Die Gründe für die inneramerikanische Aufregung treten in den Hintergrund, die Aufregung selbst wird bemerkt und als grundlos abgetan.

#### Nur wissen, was gewusst werden will

Das deutsche Verhältnis zu den US-Amerikanern ist – freundlich formuliert – ein Sammelsurium an Halbwahrheiten, die der Deutsche regelmäßig zu ergänzen sucht, um seinen transatlantischen Konterpart für mehr oder weniger verrückt zu erklären. Und dabei schreckt er nicht davor zurück, die Faktenlage nur halbherzig zu beleuchten. So weiß er, dass „Obamacare“ gut ist, weil er einige Vorhaben kennt, er weiß aber nicht, dass „affordable health care“ für Wenige die Gesundheitsvorsorge für Viele schlichtweg unbezahlbar macht. Er könnte es aber wissen. Denn oft genug geben auch deutsche Zeitungen ihm die Gelegenheit, das ganze Bild kennenzulernen. Aber es lebt sich eben einfacher, wenn die „Amis“ allesamt Waffennarren, Fremdenhasser, Kapitalisten und Hinterwäldler sind.

Die mangelnde Differenzierung führt auch zu einer selektiven Wahrnehmung neuer Nachrichten, um die sich selbst erfüllende

Prophezeiung vom bösen Amerikaner nicht zu erschüttern. Darum beschränkt sich das allgemeine Wissen über TTIP auch auf die angebliche Absenkung von Verbraucherschutzstandards, den Glauben, plötzlich eine Fracking-Anlage im Park gegenüber stehen zu haben und die Angst, unwissentlich gentechnisch veränderte Lebensmittel aufgetischt zu bekommen.

TTIP ist jedoch nur das jüngste und größte Problem, das derzeit die Beziehungen der Völker zu belasten scheint – und das liegt durchaus auch an den unterschiedlichen Wahrnehmungen, die US-Amerikaner von den Deutschen haben und umgekehrt. Während für die Vereinigten Staaten Deutschland zunächst ein Staat in Europa, ein Handelspartner und Wiege guter Technik ist, scheint die deutsche Seite sich mehr Exklusivität herbeizusehnen. Deutschland als Partner erster Klasse, Deutschland als moralisches Leuchtfeuer, das die US-Amerikaner doch bitte auf Augenhöhe betrachten mögen, und Deutschland als der Staat, an dem sich andere Staaten messen lassen müssen.

Ist das normal? Ist das verständlich? Ist das erklärbar? Ja und nein. Es ist naheliegend, dass das deutsche Volk sich, nachdem es über Jahrzehnte die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten auf sich zog, in einer Sonderrolle sieht. Die US-amerikanische Aufmerksamkeit Deutschland gegenüber war jedoch nicht etwa Faszination geschuldet, wie sie in der Gegenrichtung zu bestehen scheint. Sie war Ergebnis geopolitischer Notwendigkeit und nicht etwa Ausdruck einer besonderen Zuneigung. Das einzugestehen, hieße jedoch, dem Deutschen seine Besonderheit abzusprechen. Denn seine Sonderbehandlung rührte eben nicht her aus einer irgendwie gearteten Begeisterung Amerikas für das Deutschsein an sich.

#### Eine besondere Partnerschaft

Bei all der Skepsis ihrem transatlantischen Partner gegenüber bringt die Neugierde der Deutschen jedoch vor allem eine Tatsache zum Ausdruck: die Mystifizierung der transatlantischen Partnerschaft. Was für die Vereinigten Staaten Ausdruck eines grundsätzlichen Willens zur Friedenssicherung und Wohlstandssteigerung ist und sich im Abschluss von Bündnissen, in diesem Fall mit Deutschland, niederschlägt, scheint für Deutschland mehr zu sein.

Es kann auch mehr sein. Was die transatlantische Partnerschaft besonders macht, ist nicht allein die schiere Zahl an Menschen,

die von ihr profitiert. Es ist die Dimension, in welcher die beiden Völker von ihr profitieren. Und es ist die Art und Weise, mit der sie von ihren Nutznießern, von uns allen, immer regelmäßiger in Frage gestellt wird. Diese Partnerschaft ist Ausdruck gemeinsamer Werte, die geschaffen, erlernt, beibehalten und verbessert wurden. Sie ist Auftrag und Ziel zugleich, indem ihr Erhalt jeden Tag mehr benötigt als nur ein Ausruhen auf dem Status quo und den Verweis darauf, wie weit man gekommen ist mit ihr. Letztlich sind wir nicht bloß mit dieser Partnerschaft dorthin gelangt, wo wir heute stehen. Wir sind durch sie hingelangt.

#### Große Verantwortung bedarf großer Taten

Mit dieser Verantwortung muss umgegangen werden. Sie betrifft uns alle jeden Tag, wenn sie wieder einmal von links und rechts angegriffen wird, wenn ihr der Zweck abgesprochen wird. Doch wenn es mehr braucht als bloßen Ausruhens auf den Lorbeeren vergangener Tage, ist fraglich, was zu tun ist und von wem.

Es bedarf junger Menschen, denen die Vorzüge einer starken transatlantischen Partnerschaft zunehmend unbekannt werden. Sie sind es, die sich nicht daran erinnern, dass es einmal eine Zeit gab, in der Frieden nichts so Dauerhaftes und Selbstverständliches war wie heute. Sie sind es, die die Zeiten wirtschaftlicher Not infolge mangelnder Absatzmärkte nicht mehr kennen – und sie sind es auch, die in diese Partnerschaft mit einer Selbstverständlichkeit hineingeboren worden sind, die beinahe dazu verleitet, sie in Frage zu stellen, weil ihre Vorzüge nicht etwa solche sind, die wir jeden Tag positiv wahrnehmen, sondern solche, die auch in der bloßen Abwesenheit negativer Umstände zutage treten.

Diese jungen Menschen sind es, die deutlich machen müssen, dass die Alternative zur Tat nicht etwa die folgenlose Beibehaltung der aktuellen Lage ist, sondern die zunehmende Isolation und das wachsende Unverständnis. Es liegt an ihnen und an uns allen, den Wert dieser außergewöhnlichen Partnerschaft nicht grob fahrlässig zu unterschätzen.

Indem wir zeigen, wie die Welt ohne diese Partnerschaft aussah und aussähe, gelingt es uns, den Unterschied zwischen dem Status quo und der Alternative darzustellen, die im Schwächen der Partnerschaft liegen würde. Es wäre eine Welt, in der uns die Vereinig-

*Fortsetzung auf Seite 7*

## Fortsetzung von Seite 6

ten Staaten nicht bloß wie an manchen Tagen politisch fernlägen, sondern in der wir uns in vielerlei Hinsicht voneinander entfernen würden. Das gemeinsame Profitieren von technischen Innovationen würde einer Verlangsamung der Entwicklung weichen, an deren Ende nicht nur ein Verlust an Freiheitsstunde, sondern auch ein Verlust an Möglichkeiten. Dem Urlaub in der US-Großstadt würde ein ungekannter administrativer Aufwand vorausgehen, der Möglichkeit, ein Studium aufzunehmen, wären Grenzen gesetzt. Doch auch außerhalb unserer Länder würde die Welt ein unsicherer und weniger lebenswerter Ort werden, ist doch die transatlantische Partnerschaft letztlich nicht bloß eine Verbindung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. An Stelle gemeinsamer verteidigungspolitischer Bemühungen würden kostenintensive Alleingänge treten, die es uns verunmöglichen würden, Gelder für dringliche Angelegenheiten aufzuwenden.

### Eine transatlantische Zukunft

Doch während es unser aller Anliegen sein muss, diese Partnerschaft in ihrer bisherigen

Form beizubehalten, bedarf es auch unseren Überlegungen, wohin sie sich entwickeln soll und was sie auszeichnen soll. Neue gemeinsame Vorhaben müssen sich an unseren Zielen orientieren. Dann wird es uns möglich sein, die Partnerschaft entsprechend unserer Wünsche auszugestalten. Steigender Wohlstand wird nur möglich sein, wenn wir nationale Eigenheiten ein Stück weit beiseitelassen und uns auf einen Handelsraum einigen, der sich nicht durch Einheitsbrei, sondern durch die Möglichkeit auszeichnet, unter noch mehr Angeboten wählen zu können. Indem wir Akzeptanz für unsere gegenseitigen Lebensrealitäten fördern, gelingt es uns, kulturell stärker auf derselben Seite zu stehen. Das würde etwa bedeuten, sich gegenseitig zu erklären, warum in den Vereinigten Staaten in den Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl auch starke Sprüche vorkommen oder warum in Deutschland eine Direktwahl hoher Staatsämter nicht möglich ist. Es heißt, zu verstehen, warum Dinge so sind, wie sie sind, und gleichzeitig den Dialog über mögliche Verbesserungen zu eröffnen. Wir können in vielerlei Hinsicht voneinander lernen – ver-

schiedene Standards etwa im Verbraucherschutz sind hier nur ein Beispiel.

All das wird uns nur gelingen, wenn wir uns für diese Ziele in der Öffentlichkeit stark machen und nicht länger bloß die schweigende Mehrheit sind, die die bisherigen Erfolge der transatlantischen Partnerschaft auskostet. Es bedarf Gespräche zwischen Angehörigen unserer Staaten und Vorträge über die unterschiedlichen Situationen und gemeinsame Vorhaben. Vernetzung ist der Schlüssel, und es liegt an uns, sie herbeizuführen.

### (K)eine Sonderrolle

Wir bedürfen starker Stimmen und starker Organisationen, die Veranstaltungen auf die Beine stellen, auf denen die Frage, ob wir westlich oder östlich des Atlantiks leben, in den Hintergrund tritt. Indem wir diese Partnerschaft als das Natürlichste der Welt begreifen, machen wir aus einem Verhältnis, bei welchem wir stets das Für und Wider gegeneinander abwägen, eine Lebensrealität. Allerdings sind es letztlich nicht die großen Organisationen, die solche Entwicklungen

herbeiführen können. Es liegt vielmehr an jedem und jeder von uns, dieser Partnerschaft, von der wir alle profitieren, zuzustimmen und sie zu gestalten, wie wir es möchten. Wir werden es uns nicht aussuchen können, ob die Partnerschaft fortbestehen wird, denn wir brauchen sie und schon jetzt ist ihr Nutzen unmessbar groß. Wohl aber können wir selbst entscheiden, wo wir Akzente setzen wollen. Die transatlantische Zukunft fängt mit uns allen an – heute. Die Frage ist nicht, ob wir in ihr vorkommen, sondern welche Rolle wir in ihr spielen. „Go big or go home“ – lasst uns an dieser Größe gemeinsam schaffen!

Lukas Posch  
-Bucerius Law School-

# Mammon und Moral

## Über die Macht der Sprache in der Schuldenkrise

Die Grenzen unserer Sprache sind die Grenzen unserer Welt. So lautet das berühmte Diktum des österreichischen Philosophen Ludwig Wittgenstein. Für ihn befinden sich Wort und Welt in einem Abbildverhältnis: Das Wort ist lediglich das Bild einer Tatsache, wir aber können nur dieses Bild denken, nicht die Tatsache dahinter: Die archetypische Quelle scheiternder Kommunikation. Klare Kommunikation ist aber umso wichtiger, je komplexer Problemfelder, wie etwa die Schuldenkrise, werden, je drängender Krisenstände, wie etwa die Flüchtlingskrise, nach Lösungen verlangen, je hitziger Debatten geführt werden und auch je mehr die tagesaktuelle Berichterstattung jedes öffentlich geäußerte Wort dreht und wendet und auf die Goldwaage legt. Ansonsten weiß bald niemand mehr, wer wann was vorgeschlagen und abgelehnt hat, oder wer schuld ist oder nicht oder wie oder was...

Gerade in Europa muss die Kommunikation innerhalb der durch Sprachbarrieren geteilten regionalen Kooperation eine weitere Hürde nehmen: Nicht nur eine Sprache – das wäre ja schon schwierig genug, bedenkt man, wie häufig es allein in der deutschen Politik zu „Missverständnissen“ kommt, sondern 24 verschiedene Amtssprachen gibt es in dem Staatenverbund. Kann überhaupt davon die Rede sein, dass Europa „in Vielfalt geeint“ ist?

Es lohnt sich einmal innezuhalten. Und sich vor Augen zu führen, welche Sprachbilder wir allein in der deutschen Sprache benutzen und wie wir damit bisweilen recht konfuse Tatsachen auf das Niveau unseres einfachen Verstandes herunterbrechen, wie wir sie also „denkbar“ machen. Besondere Würze wohnt dieser Betrachtung mit Blick auf volkswirtschaftliche Problemkreise inne: Vom Mammon und der Moral in unserer Sprache.

### Die deutschen Bilder der Schuldenkrise

So ist es bemerkenswert, dass es in den meisten europäischen Sprachen zweierlei „Schuld“ gibt: Die moralische Schuld nennt man im Englischen etwa „guilt“ oder „fault“, die ökonomische nennt man dort „debt“. Im

Deutschen aber gibt es nur eine „Schuld“. Es wird lediglich die moralische Schuld in den Plural gesetzt und schon haben wir ökonomische „Schulden“. Herr vergib uns unsere Schulden, dachte ich daher als Kind beim Vaterunser.

Die Ähnlichkeit dieser Bilder ist nicht nur verblüffend, es ist auch bemerkenswert, dass die ökonomische Schuld sogar als die Mehrzahl der moralischen verstanden werden könnte. Die ökonomische Schuld eine Steigerung der moralischen? Dies ist eine Eigenheit der deutschen Sprache. Ein Brite „sieht“ diese Bilder nicht, wenn er vom gleichen spricht. Da diese Bilder gemäß Wittgenstein aber das einzige sind, was wir haben, wenn wir von Tatsachen sprechen, ist ihr Einfluss auf unser Weltverständnis signifikant. Wir hören zwar ein Wort – die Schulden –, erhalten aber ein ganzes Weltverständnis. Die große, vielfache moralische Verpflichtung, Ehrensulden, Unehrenhaftigkeit, Unzuverlässigkeit, die Ächtung der Gesellschaft, Schmarotzer!

Es gilt, diese Bilder mit äußerster Vorsicht zu verwenden, ja, am besten sollten wir schweigen, worüber wir nicht klar sprechen können, so der österreichische Philosoph in seinem „Tractatus-logico-philosophicus“.

Denn diese Bilder können ein Eigenleben gewinnen und dem Sprecher aus der Hand gleiten: Man nehme nur den Vorsatz des Bundesfinanzministers, einen Bundeshaushalt „ohne neue Schulden“ aufzustellen. Die Opposition wirft ihm Verbissenheit vor, und dass dies nur auf Kosten der Sozialkassen möglich sei. Rührt diese Verbissenheit etwa von der metaphysischen Schwere des Bildpaars Schuld/Schulden her? Wer möchte nicht ohne Schuld sein? But debt would be okay, wouldn't it?

Die deutsche Sprache leitet uns zu einem düsteren Bild: „Dem Manne borge du kein Geld./der sein Gebet nicht pünktlich hält./ Wer Gottes Schuldigkeit vergißt./zahlt auch nicht, was er schuldig ist.“, dichtete Friedrich Rückert im frühen 19. Jahrhundert.

Neben dieser theologischen Komponente suggeriert das Schulden-Bild auch, dass wer Schulden hat, Schuld trägt. Das Wort Schul-

den verschleiert ein wenig, dass eine solche Krise zwei „Dumme“ hat: Einer, der die Zahlungen bekommt, aber auch einer, der bereit war sie zu zahlen.

So sprechen wir im Deutschen mit theologischer Schwere nicht nur von dem, der „Schulden“ hat: Auch der, der das Schuldverhältnis ermöglicht und in England „creditor“ heißt, ist bei uns ein „Gläubiger“. Nun heißt „credere“ zwar auch glauben, aber wie bei „Schuld“ unterscheiden wir im Deutschen zwischen dem religiösen Gläubiger, dem „believer“, und einem ökonomischen, dem „creditor“, mit nur einem winzigen Detail: Es ist allein das „r“ am Ende, welches den religiösen Gläubigen vom finanziellen Gläubiger unterscheidet. Es deutet an, dass es einen Abfall vom Glauben bedeuten würde, wenn die Schulden nicht bezahlt werden können. Apostasie, Schuld, Vergebung. Es brauen sich apokalyptische Bilder in der deutschen Sprache zusammen. Man möge einmal einem Briten den Satz „The believers should forgive guilt“ entgegenbringen, er würde nervös lächeln, als stünden bei ihm die Zeugen Jehovas vor der Tür. „Creditors should write off debts“, klingt da schon ganz anders.

Auch abseits der Schuldenkrise fühlen wir uns in ein theologisches Seminar versetzt, wenn wir die Zeitung aufschlagen und Artikel zu wirtschaftspolitischen Themen lesen:

- So sprechen wir vom Rat der Wirtschaftsweisen. Ein dunkler, übersinnlicher Mythos scheint diesen Kreis der Fünf zu umgeben. Doch aus welchen Omen deutet dieser Rat den Gotteswillen? Ist es den Auguren gleich der Flug und das Geschrei der Vögel? Für Nicht-Eingeweihte gilt es natürlich, die Prophezeiungen nicht zu hinterfragen, sondern den Weisen Glauben zu schenken, gläubig zu sein.

- Auch lesen wir häufig von dem Ratschlag, die Märkte müssten beruhigt werden. Wieder ein religiöses Element. Man kann sich beinahe vorstellen, wie die Fünf Weisen vom Berg des Orakels hinabsteigen und konsterniert feststellen: „Die Götter sind unruhig, man bringe Ihnen Opfer!“

Dass nicht die Märkte, sondern etwa die Auszubildenden oder die Alleinerziehenden angesichts volkswirtschaftlicher Turbulenzen unruhig sind und einer Opfergabe bedürfen, davon ist nicht die Rede. Das wäre kein stimmiges Bild – wer will schon den Azubis und Müttern besänftigende Opfer bringen – und deswegen hören wir es nie.

Diese Bilder haben Macht und prägen unseren „deutschen“ Umgang mit Schulden. So werden in Deutschland nur 18% aller Transaktionen mit Kreditkarte bezahlt, in den USA sind es 54%. Dieses stark moralisierende Bild von Schulden mag auch einer der Gründe sein, warum 85% der Deutschen weitere Zugeständnisse an Griechenland ablehnen und davon 68% Wähler der Linken, einer Partei, die eigentlich mit Syriza verbrüdet ist.

### Gott und Geld

Bei der Suche nach der Herkunft dieser dunklen religiösen Bilder treffen wir auf mancherlei historische Episoden: Eine bringt uns ins thüringische Weimar der 20er Jahre, zu jenem finanziellen Trauma, welches dem Dritten Reich voranging.

Der theologische Hintergrund führt ein zweites Mal nach Thüringen: Zu dem Erfurter Soziologen Max Weber und seinen Studien über den Zusammenhang zwischen protestantischer Ethik und Kapitalismus. Der Philosoph Georg Simmel, allerdings ein Berliner, beschreibt, wie Geld psychologisch die traditionelle Rolle Gottes eingenommen hat.

Der Ökonom Tomas Sedlacek zeigt, dass die theologischen Wurzeln der Ökonomik noch viel tiefer liegen: Sie ist nicht alleine eine Wissenschaft in der Tradition der Aufklärung, sondern ist tief in der Religion verwurzelt. Das älteste literarische Werk überhaupt, der Epos von Gilgamesh, behandelt den Abbau von Ressourcen, den Nutzen einer soliden Infrastruktur und das Erschließen neuer Handelsrouten. Nicht zu vergessen ist auch die erste makroökonomische Prognose, die Joseph in der biblischen Novelle dem Pharao gibt:

Fortsetzung auf Seite 8

## Fortsetzung von Seite 7

„Nehme den Fünften in Ägyptenland in den sieben reichen Jahren und lasse sie sammeln den ganzen Ertrag der guten Jahre (...) und es verwahren, damit für Nahrung gesorgt sei für das Land in den sieben Jahren des Hungers.“

Hier erkennen wir die erste Auseinandersetzung mit antizyklischer Fiskalpolitik im Sinne Keynes und den Vorschlag einer fiskalischen Stabilisierung durch eine Steuer in Höhe von 20%. In der deutschen Sprache sind diese theologischen Elemente noch sehr präsent.

### Gott in Berlin, Newton in Brüssel

Die Finanzkrise der Weimarer Republik, protestantische Ethik, alttestamentliche Prophezeiungen. All diese Bilder stehen im Hintergrund unserer deutschen Kommunikation, wenn wir beispielsweise über Griechenland, Schulden und die Schuldenkrise sprechen.

Diese eindrucksvollen Bilder sind ein Zeichen für die Macht der Sprache im Diskurs der Wirtschaft. Sprache konstituiert Regeln. Schulden sind also Sünde, Wirtschaftsweisen haben Götterwissen, Märkte sind Götter?

Diese Sprache muss hinterfragt werden. Wenn wir Europa in seiner Vielfalt vereinen wollen, ist es wichtig, sich dieser Sprache bewusst zu werden, da notwendigerweise

widersprüchliche Bilder in babylonischem Ausmaße aufeinander prallen. Kommunikation droht zu scheitern, wenn wir diese Sprachbilder nicht richtig benutzen.

Für den richtigen Gebrauch ist es vor allem wichtig, sich der Bilder bewusst zu werden und sie als das zu erkennen, was sie sind: Abbildungen und nicht Tatsachen. Ungenaue historische Repräsentationen, nicht präzise Bezeichnungen gegenwärtiger Tatsachen. Denn dann gestehen wir uns ein, dass es immer einen gewissen Reibungsverlust zwischen Welt und Wort gibt: Sprache stellt Tatsachen nie adäquat da. Wenn wir diese Bilder aber reifizieren und verabsolutieren, d.h. sie als Tatsachen behandeln, dann verfangen wir uns in ihnen.

Wir sehen das in einer politischen Krisensituation, die scheinbar nicht politisch sein soll: Als Alexis Tsipras etwa im Sommer 2015 das griechische Referendum ankündigte und die Angebote der Geldgeber zunächst ablehnte, bezeichnete Martin Schulz dies als „rational nicht mehr nachvollziehbar und höchstens erklärbar als blanke Ideologie“. EU-Kommissar Pierre Moscovici rief dazu auf, „logisch, nicht ideologisch zu handeln“. Es ist interessant, dass Ideologie zum Vorwurf zwischen Politikern erhoben wird. Dieser Vorwurf suggeriert, dass Tsipras es nicht schaffte, die Wahrheit zu erkennen weil er zu sehr dogmatischen Ideen folgte. Moscovici und

Schulz benutzten hier das Bild der reinen, logischen Naturwissenschaft. Sie taten so, als gäbe es tatsächlich ein einfach anwendbares, logisches Naturgesetz für die Lösung der griechischen Schuldenkrise. Gleichzeitig warfen sie Tsipras vor, er maße sich an, über unumstößliche Naturgesetze zu debattieren und diese ideologisch in Frage zu stellen.

Eine solche „Reifizierung“ depolitisiert die Debatte um die Schuldenkrise: Es wird suggeriert, dass nun objektive Schritte und keine Lehre der Ideen (i.e. Ideologie) an der Tagesordnung seien. Ähnlich wie in der theologischen Aufladung von Wirtschaftsweisen und beunruhigten Märkten, wird das politische Element entfernt. Es sind wahlweise Götter oder die formale Logik, die dafür zuständig sind, keine Menschen, keine Meinungen. In beiden Fällen wird Kommunikation blockiert, eine bürgerliche Diskussion ist schließlich sinnlos wenn es um Götterwillen oder Naturwissenschaft geht. Wer solche Bilder benutzt, ohne sie als grobe Skizzen zu erkennen, verfällt letztlich der Illusion, es gebe eine naturgesetzliche, logische Lösung für ein politisches Problem. Oder er verwendet sie gar bewusst, um Debatten abzuwürfen.

Eine logische Sprache zu entwickeln, die objektiv und unabhängig von irreführenden Bildern ist, hat den von Wittgenstein inspirierten Wiener Kreis vor etwa 90 Jahren beschäftigt. Eine Analyse der Sprache sollte

sinnvolle, d.h. empirisch verifizierbare, von sinnlosen Sätzen unterscheiden, um Scheinbegriffe aus dem wissenschaftlichen Kontext zu eliminieren. So wie es den sogenannten „logischen Empiristen“ aber schon für die banalsten Beobachtungssätze nicht gelungen ist, ein klares Sinnkriterium zu finden, wird es auch für die „Brüsseler Empiristen“ kaum möglich sein, eine logische Sprache für die Schuldenkrise zu entwickeln.

Also müssen wir uns wohl mit Bildern begnügen und diese stets mit Vorsicht verwenden, ob im populistischen Athen, naturwissenschaftlichen Brüssel oder theologischen Berlin. Vorsicht lassen wir aber gerade dann vermissen, wenn wir die Diskussion mit diesen Bildern weiter aufladen, statt sie zu entlarven. Wir müssen uns fragen, ob diese oder jene Bilder wirklich adäquat sind, was sie suggerieren, und vor allem müssen wir wissen, dass es Bilder sind. Nur so schaffen wir es, zu gelingender Kommunikation zu gelangen und in Wittgensteins Worten „von einem nicht offenkundigen Unsinn zu einem offenkundigen überzugehen“.

Hans C. Rusinek

- London School of Economics -

# Werde PuG-Autor!

## Ein kleiner Leitfaden zum Texteschreiben

PuG ist ein Meinungsmedium. Und Meinungen und Kommentare schreibt man meist am besten frisch von der Leber weg – gerade dann werden sie besonders authentisch. Trotzdem könnt Ihr als Autorin oder Autor auf einige Dinge achten, damit das, was Ihr schreibt, auch gut wird. Eure Meinung soll schließlich gelesen werden. Und das am besten bis zum Ende. Denn ob man es glaubt oder nicht: Das journalistische Texten ist zu einem großen Teil ein Handwerk. Und wie bei jedem anderen Handwerk auch, hilft es sehr, sich an wenige einfache, aber äußerst effektive Grundregeln zu halten:

### 1. Eine gute Schreibe ist kurz.

Seit gut 60 Jahren untersuchen Forscher die Verständlichkeit von Sprache. Und sie kommen zu einem eindeutigen Ergebnis: Je länger ein Wort, desto unanschaulicher ist es. Kurze Worte sind fast immer verständlicher und zugleich farbiger und kraftvoller als lange Worte. Das klingt simpel, ist aber bisweilen schwer zu beherzigen. Denn es erfordert, dass man das meiste von dem, was uns in Schule und Uni eingetrichtert wurde, am besten schnell wieder vergisst. So ist es leider akademische Mode, nicht von Gründen zu sprechen, sondern von „Motivationsstrukturen“, nicht von Fakten, sondern von „unabwendbaren Gegebenheiten“, und nicht von leeren Betten, sondern „Kapazitätsüberschüssen im Beherbergungsgewerbe“. Wer schlichte Sachverhalte in solch aufgeblähte Begriffe packt, mag sich bei seinen Professoren Achtung verschaffen. Jeder der für Leser schreiben will, lässt von solchen Wortballons jedoch besser die Finger. Wörter wie „Befindlichkeitspegel“, „Durchführungsverordnung“, „umständehalber“ oder „demgegenüber“ sucht man sowohl in der Lyrik als auch

in gutem Journalismus vergeblich. Natürlich, Schlüsselbegriffe aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind davon meist ausgeschlossen. Aber wenn man von „mangelnder Akzeptanz in weiten Teilen der Bevölkerung“ spricht, kann man genauso gut sagen, dass „die Leute etwas nicht mögen“.

### 2. Eine gute Schreibe ist durchsichtig.

Noch mehr als für Worte gilt diese Regel für Sätze. Die eingängigste und lebendigste Form der Mitteilung ist und bleibt der Hauptsatz. Wer mehr als einen Gedanken in eine schlüssige Reihenfolge bringen will, dem sei geraten: erst den einen Gedanken, dann den anderen Gedanken formulieren, also zwei Hauptsätze verwenden. Das mag wie eine Binsenweisheit klingen, aber viele Zeitungsartikel sind noch immer voll von komplexen Verschachtelungen von Sätzen, die für die Leserinnen und Leser ein herbes Ärgernis sind. Dort liest man immer noch Abschnitte wie diesen:

„Heute sind die Brüder, die 500.000 Euro in die Firma gesteckt hatten, zerstritten.“

Der Satzbeginn wirft eine Frage auf, aber die Aussage des Satzes erfahre ich erst am Schluss. Zwischendrin erfahre ich den eigentlich ersten Gedanken, denn die Investition lag zeitlich ja vor dem Streit. Dann kehrt man aus der Vergangenheit in die Gegenwart zurück, um zu erzählen, was die Brüder sind: zerstritten. Sicherlich eleganter wäre:

„Erst haben die Brüder 500.000 Euro in die Firma investiert. Nun sind sie zerstritten.“

Aber es geht noch schlimmer (aus der Badischen Zeitung):

„Das Forum, auf dem in früheren Jahren Persönlichkeiten wie Rita Süsmuth, Pierre Pflim-

lin, Lothar Späth, Carl Carstens auftraten, woran der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfanz, Christoph Böhr, in seiner Rede in Hambach erinnert, hat sich zu einer Veranstaltung verknöchelter Rechter gewandelt.“

Ein extremes Beispiel, zugegeben, aber ein gutes dafür, dass man Nebensätze nicht einschieben sollte. Sie mogeln eine zweite (oder dritte) Aussage in eine erste hinein. Ist die zweite Aussage ihrerseits eine Hauptsache, so bedarf sie eines eigenen Hauptsatzes; ist sie eine Nebensache, eine bloße Erläuterung, so sollte man den Satz mit einem Komma anhängen.

In der deutschen Grammatik kommt noch eine weitere Schwierigkeit hinzu: Ein Verb besteht häufig aus zwei auseinandergerissenen Teilen. Es muss heißen: „Ich nehme ein Angebot an“. „Ich nehme an ein Angebot“ ist nicht Deutsch. Als Faustregel sollte man sich in diesem Zusammenhang merken, nie mehr als sechs Wörter oder zwölf Silben zwischen die beiden Teile eines Verbes zu schieben. Sonst leidet die Verständlichkeit. Sätze mit 27 eingeschobenen Wörtern (61 Silben), wie dieser aus dem Wiener Standard, will niemand lesen:

„Bei den Ausgleichsverhandlungen zwischen Bund und Ländern wurde am Freitag die Diskussion über die von den Sozialpartnern verlangte Kürzung der Wohnbaubeförderung und die Einführung von Zahlungen der Gebietskörperschaften an den Familienfonds auf den 27. September vertagt.“

### 3. Eine gute Schreibe ist konkret.

Abstrakte Oberbegriffe ohne konkrete Einzelheiten sind nicht nur meist überflüssig, sondern vor allem gähnend langweilig. Journalistische Sprache sollte in erste Linie anschaulich sein und auf die Sinne der Lese-

rinnen und Leser wirken. Dies gilt vor allem für Reportagen: Will ich eine Bergwiese lebendig beschreiben, rede ich nicht von Bergblumen, sondern von blühenden Feuerlilien, von Enzian oder Vergissmeinnicht. Will ich die miserablen Zustände in einem Flüchtlingslager darstellen, dann sage ich nicht, dass es im Flüchtlingslager nicht einmal eine richtige Heizung gibt. Ich beschreibe Lachen von rostfarbenem Wasser unter kalten Heizkörpern oder alte Heizöfen mit geborstenen Rohren. Die Transferleistung, dies als unzulängliche Heizungen einzustufen, erbringt jede Leserin und jeder Leser gern aus eigener Kraft. Sinneseindrücke und Tatsachen gilt es zu schildern, die Folgerungen daraus sollten den Leserinnen und Lesern überlassen werden. Das gibt ihnen zum einen Raum für ihre Phantasie und zum anderen bevormundet es sie nicht.

### 4. Eine gute Schreibe ist aktiv.

Die grundlegendste und vermutlich offensichtlichste aller Schreibregeln. Auch wenn er sich in manchen Ausnahmefällen nicht vermeiden lässt, ist der Passiv keine lebendige, sondern eine behäbige und langatmige Ausdrucksform. Ihn so wenig wie möglich zu nutzen und stattdessen den Aktiv zu verwenden schafft die Schnelligkeit und Spannung, die jeder Text braucht, um seine Leserschaft bis zum Ende bei der Stange zu halten.

Befolgt man nur diese vier simplen Kernrezepte, merkt man, wie klar und lesenswert der eigene Text werden kann. Und was nach dem Fertigstellen eines Beitrags immer hilft ist die kritische Selbstlektüre. Lest Euren Artikel mehrfach, davon mindestens einmal laut; und worüber man dabei stolpert, das ändert man, ohne Wenn und Aber.

Benedikt Coekoll

- für die Redaktion -

# GESELLSCHAFT

## Clone Wars mit dem Messenger(n)

### Schrebergärten auf dem Handy

Ich bin seit einigen Tagen noch besser erreichbar. Ich habe jetzt Threema, Signal, WhatsApp, Facebook-Messenger, Hangouts, Twitter, Telegram und ICQ auf meinem Handy. Tendenz steigend.

Interessant war der Einzug bei Telegram. Dort wurde ich begrüßt, als wenn ich den Eingang zur Schrebergartensiedlung gefunden hätte. Ich bin jetzt Mitglied bei acht Schrebergärten! Und alle sehen gleich aus. Hauptsache über dem Haupteingang steht ein anderer Name – zu Sprechblasen-Umrandungen und Blautönen tendiert man aber bei allen. Vielleicht beruhigt Blau – oder die Entwickler haben zu viel bei den anderen Diensten abgehängt. Bei den Features gibt es hier und da Unterschiede, aber mit der Zeit werden die auch angeglichen. Der

Vorstand des Schrebergartens wird seinen Mitgliedern den neuen Rasenmäher-Traktor anbieten wollen – die anderen Schrebergärten haben ihn ja auch. Facebook und Twitter werden auch immer ähnlicher.

Die Sicherheitsfanatiker – oder die es sein möchten – sind bei Threema oder Telegram. Die Mitglieder stehen auf Sicherheit – vom Prinzip war es das auch. Geht es nur mir so? Das Déjà-Vu mit jeder neuen App? Schon bei der Installation angefangen: E-Mail und Handynummer. Wir durchforsten ihre Kontakte! Nett, danke. Mir ist etwas flau. Alles so bekannt!

Es gibt XMPP, früher auch als Jabber bekannt. Das ist ein freies, standardisiertes und erweiterbares Chatprotokoll. Die meisten der oben genannten Dienste, verwenden

Protokolle auf dieser Basis. Leider bot XMPP nicht alle Features von Hause an. Man will auch nicht gemeinsam an einem Standard arbeiten. Jeder dieser Schrebergärten kann Werbung verkaufen, wenn er will, und mit seiner Nutzeranzahl richtig angeben. Es wäre schön, wenn ich mich mit Mitgliedern der einzelnen Siedlungen unterhalten könnte. XMPP hätte dieses in einem Format möglich gemacht, dass wir kennen: name@dienst.de. Selbst die E-Mail ist da weiter! Und wenn nicht XMPP, dann was anderes.

Auch wenn ich auf Features verzichten müsste: Reden geht doch immer. Nein, ich muss Mitglied werden und mich registrieren. Dann muss ich eine App installieren, die mein Handy langsamer macht. Oder finde ich eine von diesen Apps, die das ganze bündeln? Am Ende habe ich Probleme mit

den einzelnen Diensten, weil diese die Client-Versionen eventuell abfragen, und muss doch wieder den originalen Client nutzen. Ich darf nur mit dem Fahrrad das Gelände befahren und leisere Elektrogeräte benutzen. Sonst störe ich die Ruhe und der Vorstand droht mit Ausschluss. Muss ich jetzt eigentlich noch Instagram und Snapchat installieren? Déjà-Vu: Werden MSN und ICQ jemals kompatibel sein? Warum muss ich beides auf meinem Windows 98 installieren? Und wann braucht mein Handy eine Autobatterie? Ich geh mal aufladen.

*Stefan Görrissen*

-Christian-Albrechts-Universität zu Kiel-

## Reist und redet!

### Egal, wie lange die Strecken und Gespräche sind

Ich komme zum Bahnsteig, mein Zug geht in zwanzig Minuten. Ich setze mich auf eine Wartebank, neben einen Mann, neben den sich noch niemand gesetzt hat. Dunkle Haare, Vollbart. Den Schnurrbart gezwirbelt. Ich schaue auf meine Uhr.

„Wie spät?“, fragt er etwas ruppig.  
„Zwanzig nach zehn.“, sage ich.  
„Hoffentlich kommt der Zug pünktlich.“

Wir kommen in ein Gespräch, wie ich es sonst zu selten führe. Tiefgründiger als mit den meisten Bekannten und Verwandten. Tiefgründiger als mit den meisten Fremden sowieso. Er kommt vom Flughafen, Flug von Serbien, stressige Landung. Wir sprechen über Filme. Auch er findet „Shutter Island“ klasse. Wir diskutieren über das Ende von „Shutter Island“ und über andere Filme mit spannenden Wendungen.

Der Zug kommt.  
Wir gehen zur Tür.  
„Ach ja – Andreas“, sagt er, grinsend.

„Julius“, antworte ich.

Wir steigen ein, reden über die stressigen Landungen, die wir schon erlebt haben, über die Leben, die wir schon geführt haben. Er erzählt mir vom Kleidungsgeschäft, das er mit seinem Vater führt, von ihrer Fabrik, seiner Jugend. Als meine Haltestelle angesagt wird, kenne ich einen Menschen. Dann steige ich aus und begeben mich wieder in das statische Leben.

In der modernen Gesellschaft sitzen die Menschen oder sie liegen. Selten sind sie aufrecht und in Bewegung. Häufig schlafen sie oder arbeiten sitzend. Menschen am Schreibtisch im Büro, in der Uni-Bibliothek, vor dem Fernseher. Menschen an einem Ort. Statisch.

Doch manchmal sind die Menschen unterwegs. Sie reisen lange und kurze Strecken. Viele von ihnen pendeln – reisen im Kleinen. Sie gehen, radeln und rennen, steigen um. Kommen an, fahren ab.

Wenn die Menschen reisen, können sie sich innerlich freier bewegen als sonst. Denn wenn die Umgebung um die Menschen herum verschwimmt oder in der schwarzen Zugfensternacht unsichtbar wird, gibt es eine Variable weniger, an der Gedanken gemessen werden müssen.

Während ich Zug fahre, fallen mir Dinge auf, die mir sonst nicht auffallen. Ich denke nach, während ich dahinfahre. Meine Gedanken schweiften meinem Blick hinterher durch die Landschaft, die außen vorbeizieht. Bei nichts anderem fällt es mir so leicht wie beim Bahnfahren, an so wenig zu denken – oder so angestrengt über das Leben und meine Ideen zu grübeln. Den Blick aus dem fahrenden Fenster gerichtet, geht es wohl den meisten so.

Einige Gedanken warten praktisch darauf, dass man ein Stündchen auf einen Zug warten muss, ehe sie einem kommen. Manche Gespräche warten nur darauf, mit anderen Reisenden geführt zu werden. Richtige Ge-

spräche, so wie jenes mit Andreas, Gespräche wie dieses ergeben sich selten im statischen Leben und auch beim Pendeln kommen sie viel zu selten vor.

Aber gerade dort könnten sie vorkommen. Oberflächliche Pendlergespräche – ja, der Zug kommt später und ja, das nervt – gibt es sicherlich schon genug – und ziemlich kalt heute, oder?

Aber dabei muss es ja nicht bleiben. Denn mit Menschen, mit denen man nur den Moment und das Verkehrsmittel, aber keine gemeinsame Vergangenheit teilt, kann man so frei reden wie mit niemandem sonst.

Und dann ist eine geteilte Zukunft auch nicht mehr ganz ausgeschlossen.

*Julius Weidig*

-Bucerius Law School-

## Die Kunst des Essens

### Gemeinsam Essen zelebrieren

Es ist Frühling und wie jedes Jahr heißt es, dass so schnell wie möglich die „Bikinifigur“ bei den Mädchen, und der „Waschbrettbauch“ bei den Jungs wieder hermuss. Also schwingt man sich aufs Fahrrad, radelt zu einem der über 170 Fitnessstudios, die es in Hamburg gibt, und ernährt sich für die nächsten sechs Monate nur noch von Eiweißshakes, Salat und dem neuen, heiligen Trend: dem Smoothie.

Kuchen und Kekse werden höflich abgelehnt, zu besonderen Anlässen wird vielleicht noch mal eine kleine Ausnahme gemacht, aber sonst kommt ei-

nem nichts Kalorienreiches mehr in den Kühlschrank. Die Ernährung wird zum Trend; der Trend ist die perfekte Figur zu bekommen und von der perfekten Figur erhoffen wir uns... Ja, was erhoffen wir uns eigentlich von der perfekten Figur?

Dass wir beliebter sind? Dass wir unseren Traumpartner finden? Dass uns ein Scout einer Model-Agentur entdeckt? Und über diese ganzen Hoffnungen und Wünsche und Zukunftsvisionen hinweg, vergessen wir das eigentlich wichtige: Und zwar das Essen. Essen ist mehr als Kalorien zählen, oder mit der Gabel im Mund schon zu überle-

gen, wie man sie am schnellsten wieder abtrainiert.

Essen ist eine Leidenschaft und das Kochen eine Kunst.

Man sollte es häufiger zu einer Zeremonie machen und das Essen mehr genießen!

Am besten gelingt das in großer Runde, ohne strikte Etikette und mit viel Zeit und Muße. Gemeinsames Essen ist letztendlich am gesündesten und je mehr Menschen zum Essen beitragen, desto vielseitiger wird es.

Also trifft euch mal wieder, um zusammen im Geschmackshimmel zu schwelgen!

*Nina Birk*

-Bucerius Law School-

Jeden Freitag lädt die „Volks-Küche“ („VoKü“) ab 19:00 Uhr zum gemeinsamen Essen in die Wohlwillstraße 22. Gegen Spende wird ein veganes Abendessen bestehend aus verschiedenen Salaten, einem Hauptgang und einem Nachtisch angeboten. Herzliche Einladung an alle Interessierten!

# Innere Landschaften

## Der Einfluss von Roger Willemsen auf mein inneres Erlebnis

**Am 7. Februar 2016 starb Roger Willemsen im Alter von 60 Jahren. Der Autor begleitete mich nur knapp fünf Jahre meines Lebens, doch waren seine Gedanken und Erinnerungen eine erhebliche Bereicherung. Er hinterlässt ein Werk, dessen Substanz in dem Versuch einer neuen Interpretation von Wirklichkeit liegt.**

Ich greife zu dem Buch mit dem schwarzen Einband. Blättere. Blicke auf die Signatur, die aussieht wie eine Erdbebenaufzeichnung eines Seismographen:

Es ist ein lauer Freitagabend im April 2011, als ich ihn das erste Mal auf der Bühne in der Scheeßeler Grundschule sehe. Den großen Mann im Anzug, der „statt zu lesen, zu erzählen beginnt“. Er erzählt von seiner Reise an die „Enden der Welt“. An Orte wie Patagonien, den Nordpol, Tonga. Der Ausgangspunkt der Reise war der Satz eines achtjährigen Jungen, der, nachdem man ihm erklärte, er werde wegen einer tödlichen Krankheit sterben, sagte, dass ihm langweilig sei. Daraufhin unternimmt Roger Willemsen eine Zimmerreise mit dem Jungen, erzählt ihm auf dessen Bitte hin von den Enden der Welt, und malt diese als „Landschaften ohne

Schauseite“, Spiegelbilder der weißen Zimmerdecke über ihnen. So reist Roger Willemsen im Anschluss an dieses Erlebnis auch für den Jungen, mit dem Wunsch nach Antworten. Dahinter stehend die Überlegung: Betrachten wir vielleicht jede Landschaft symbolisch, ist jeder Blick in die Gegend Äußerung unseres inneren Zustandes?

Roger Willemsen verfügte über eine Sprachgewalt, die präzise, nuanciert und zugleich bildhaft war. Er ließ Lücken, um sie mit eigener Vorstellungskraft zu füllen und konnte Situationen eine Symbolik beimessen, die der Durchschnittsmensch in keinerlei Weise wahrnahm. Lauschte man seinem Vortrag, verspürte man das Bedürfnis, zu reisen, verbunden mit dem Wunsch, tiefgreifende Erfahrungen zu sammeln, fernab des Ortes, den wir „Heimat“ nennen; an Orte, deren Natur und Menschen einem zunächst fremd erscheinen, die einen möglicherweise zur Randfigur und Nebensächlichkeit degradieren, aber deren Bilder zu Erinnerungen werden und vielleicht später Erfahrung. Als ich in den Tagen darauf begann, sein Buch zu lesen, nahm die Reise mit Worten ihren Anfang.

Einige Jahre später erinnerte ich mich wieder an jenen Abend. Der Alltag hatte wieder Überhand genommen, vor die erst noch drängenden Fragen traten die schulischen und das anstehende Abitur. In diese Phase tritt „Momentum“, ein sehr biographisches Buch, in dem Roger Willemsen es sich zur Aufgabe macht, das Leben als eine Aneinanderreihung von Momenten, Augenblicken von besonderer Intensität, zu betrachten. In einem Interview sagte er einmal, dass ihn diese Form von Biographie mehr interessiere als die bloßen Daten auf dem Lebenslauf: „Das Leben kann man nicht verlängern, aber wir können es verdichten.“ Dieses von ihm selbst stammende Zitat war eine Art Leitsatz des Schriftstellers und Reisenden und stellt einen Gegenentwurf zu der beschleunigten Gesellschaft dar, die dem Bewusstsein und vor allem dem Bewusstwerden oft weniger Bedeutung beimisst als kurzfristigen Problemen.

Besonders an Roger Willemsen waren seine Offenheit und sein Weitblick. Im Gegensatz zu manch anderen Intellektuellen verzog er sich nicht in ein stilles Kämmerlein und blickte mit Argwohn auf die Menschen. Vielmehr analysierte und interpretierte er mit unvoreingenommenem Blick seine Umwelt

und teilte seine Erfahrungen, Ideen und Gedanken mit seiner Leserschaft und seinem Publikum. Er konnte Menschen begeistern und blieb gleichsam begeisterungsfähig. Und so wünscht man sich, dass es weitergeht. Irrendwie.

Am Ende von „Momentum“ besucht Roger Willemsen eine todkranke Freundin, die sich weder der mitgebrachten Musik noch der Bücher erfreuen kann. Stattdessen erzählt er ihr von den belanglosen Dingen des Alltags, um ihr zu verdeutlichen, dass es nicht der letzte Abschied sein wird. „Sie schließt die Augen. Ich werde leiser, schweige. Ihre Augen öffnen sich sofort. Ich setze abermals an, spreche lange und monoton. Längst sind ihre Augen wieder geschlossen. Doch ich spreche. Erst als ich sicher bin, dass sie schläft, lasse ich die Sätze hängen, betrachte ihr Gesicht. Sie lässt es geschehen, öffnet die Augen nicht, aber ihre Lippen flüstern unmissverständlich: ‚Weiter!‘“

Weiter!

*Julian Hoppe*  
-Universität Passau-

# WIRTSCHAFT

## Challenging the 3.0 retail

### Perspectives for the European retail sector

As a sign of the fierce competition within the European retail sector, Rewe and Leclerc, two respective major German and French retail companies, have enacted the creation of a new Group purchasing organization in June 2015. This convergence between two leading companies is in fact symptomatic of a larger European trend (e.g. Auchan and Système U merger in France).

Apparently, consequent to this intense competitive atmosphere within the European retail market, consumers are benefiting from lower prices and thus have higher purchasing powers... A new industrial and digital revolution along with the response of the supply chain actors to the 2008 economic crisis can explain this regain in competitiveness: Big Data is playing a significant role, retailers now using comparison shopping websites in their advertisements to sensitize consumers to low prices.

From a liberal perspective, it seems that lower margins for retailers are benefiting the rest of the civil society by transferring market economic surplus from suppliers and retailers to consumers. And yet, there is a strong need of European legislation in that sector: otherwise innovations and employments will be in the hot seat. Low prices decrease innovation, which leads to lower investments. Manufacturers thus produce cheaper and offshore their production, which impacts negatively all parts of the supply chain.

**Back to the origins of large-scale retail and its core business**

The emergence of convenience stores at a large scale dates the First Industrial Revolution and the need for townfolk to procure commodities without having to solicit producers directly. For instance, Félix Potin was an icon in Paris: for almost the first time consumers had the opportunity to compare commodities in the same store and to increase their range of possibilities with clearer information.

Big retail has allowed consumers to exercise pressure on manufacturers by choosing the goods that they considered having the best characteristics and lower prices (at least for the similar products present in a same store). It is thus a question of public interest to have competition in the sector.

**Towards the states' failure in Europe within the retail market**

Along with the expansion of convenience stores (and, later, supermarkets and hypermarkets) the state has become stronger in European countries increasing its role as regards the protection of consumers or workers. The European Union has even started replacing the national states in that role as shows the 2011/83/EC Directive on Consumer Rights e.g. On the one hand, by overregulating, companies have started not being able to follow the innovation requirements (due to too low margins) asked by public actors, as in Volkswagen emissions scandal. What follows is a natural lack of accurate innovations that would benefit the consumers.

On the other hand it seems that legislation is incomplete: too fierce competition on the supply side as regards the prices but not enough consideration of price competition within the context of the protective European labor market. Emerging countries have social dumping leverage over European countries. In fact, this means that suppliers' only way to survive in a context of low margin is to offshore their production abroad the European Union... That boils down to massive layoffs and higher unemployment.

**Retailers' deprivation of responsibility as regards their initial objectives**

Large-scale retail was thought of as a practical tool for consumers as regards their accessibility to a wide range of different products: producers had to innovate, which allowed them to make margins, which would then be reinvested further in innovation.

By lacking legislation in the retail sector, producers are now lacking high enough margins to benefit the European community. When competition seemed to be a major breakthrough for the well-being of the society at large, monopolistic competition is now mingled with the "just concurrence": two similar products are seen as exactly the same, with only prices that change. Here is a big step backwards: price comparators have made consumers focus too much on the price of the products with no consideration for their quality anymore.

**Saving retailers, consumers and workers by acting on the European level**

The European Union has the power to save face by taking into account economic competition stakes at the age of the digital revolution.

First of all, the European Union should implement new tools focusing on fostering innovation rather than requiring it by analyzing precisely to what extent European retail companies can increase their margins again without abusing manufacturers or consumers. European suppliers need a new visibility of the level of quality of their production compared to new products that might come on the European market from abroad such as discussed in the Transatlantic Partnership. The EU should seize the opportunity of international commercial partnerships to put forward the quality of European commodities.

Furthermore, the European Union should act in favor of the consumers by setting as a target not to reduce as much as possible the prices of the products but by incentivizing retailers and manufacturers to innovate rather than having to follow the price war. Consumers would thus have the choice between a wider range of goods, those with low prices and those with innovative characteristics. In these times of digital revolution the EU could for example incentivize retailers to develop the digitalization of their services. Lastly, by increasing suppliers' margins, in particular by helping them to become more competitive on the international level in a context of structural globalization and digitalization

*Fortsetzung auf Seite 11*

**Fortsetzung von Seite 10**

of the world economy, Europe must stay a center of attraction for multinational firms such as European suppliers. This would make the European suppliers invest in Europe and protect employment that is threatened. European countries generally guarantee strong rights to workers, and free competition on

prices must not be made at the expense of these rights.

In the context of globalization and international competition the European Union seems to be the most relevant level to save and protect the national labor markets. The EU has the duty to continue protecting con-

sumers by redefining its objectives in favor of better and more realistic quality norms on commodities. Focusing on giving back some margins to suppliers is a core issue that would benefit all parts of the supply chain (from manufacturers to consumers). The national level seems irrelevant to face the digital revolution, because it weakens European

economic agents while non-European economic actors are gaining competitiveness on our own markets.

*Victor Renaudier*  
-Sciences Po Paris-

# Wir werden sehen

## Ein Start-Up Gründer über die Zukunft des E-Commerce

Jeden Tag werden alleine auf Facebook, YouTube und Snapchat 19 Milliarden Videos angeschaut, mehr als doppelt so viele wie noch ein Jahr zuvor. Das sind 6,9 Billionen Videoklicks pro Jahr oder aber – um es greifbarer zu machen – 1981 Videos, die sich jeder Internetnutzer innerhalb eines Jahres ansieht. Dabei entfaltet ein nicht ladendes Video ab sechs Sekunden Verzögerung auf den Nutzer die Wirkung eines Horrorfilms, wie eine Studie von Ericsson zeigt. Es kann wohl ohne Zweifel behauptet werden, dass Videos ein Megatrend sind.

Wenn man sich die einschlägigen Statistiken, mit denen der Erfolg einer Website gemessen wird, anschaut, wird einem der Grund für den Erfolg von Online-Videos bewusst. Ob „Conversion Rates“ (die Wahrscheinlichkeit, dass der Nutzer eine gewünschte Transaktion ausführt), Verweilzeiten auf der Website, Markenbildung oder das Teilen in den sozialen Netzwerken – alle werden durch Video deutlich gesteigert oder sogar vervielfacht.

Zwar hat das Visuelle schon immer eine anziehende Wirkung auf den Menschen gehabt, doch bisher spielen Videos im Online Shopping keine große Rolle. Wer sich als Kunde über Produkte informieren will, bevor er sie online erwirbt, muss immer noch auf Amazon-Rezensionen, Ratings auf TripAdvisor oder Fotogalerien vertrauen.

Hier wollen wir als Gründer der Videoplattform „weview.tv“ ansetzen. Der Kunde im Laden sieht die Sachen, die er kauft, kann sie anfassen und sich ein konkretes Bild von ihrer Qualität machen. Selbst die detaillierteste Amazon-Rezension kann dies nicht. Mit Video könnte sich das ändern. Dafür entwickeln wir mit „weview.tv“ eine Plattform, auf der interaktive Produktvideos von echten Nutzern hochgeladen oder angesehen werden können und der Kauf noch über das Video möglich sein soll. Unsere Vision ist es, den gesamten Informations- und Kaufprozess in einem einzigen Video möglich zu

machen, sodass sich selbst die Kreditkartendaten noch im Video eingeben lassen. Wir nennen das In-video Shopping.

Dies könnte ein ungeschriebenes Gesetz im E-Commerce beenden, denn bisher müssen die Konsumenten im Online Shopping immer erst eine Verkaufsseite aufsuchen. Da Videos überall eingebettet werden können, könnte in Zukunft jedoch genauso auf Facebook, Twitter, Blogs oder jeder beliebigen Website jedes beliebige Produkt gekauft werden. Es kann deshalb erwartet werden, dass sich Shopping schon bald von Plattformen lösen wird. Auch wäre es für uns wenig überraschend, wenn der Trend zu stetig steigender sozialer Interaktion im Internet auch den E-Commerce noch weiter erfasst. Die Möglichkeit, den Menschen hinter den Bewertungen in Videos zu sehen, könnte Online Shopping wieder ein Gesicht und gleichzeitig den Konsumenten eine stärkere Stimme geben. Der gewöhnliche Verbraucher wird zum Kaufberater. Schon heute sind Amazon-Rezensionen für viele Nutzer kaufentscheidend und wir erwarten, dass wir mit nutzergenerierten Videorezensionen einem zweifelnden Käufer viel besser das notwendige Vertrauen für seine Kaufentscheidung bieten können.

Das mag vielleicht sehr ambitioniert oder fast idealistisch wirken, doch genau diese Einstellung brauchen Gründer – eine fast größtenwahnsinnige Vision und einen unerschütterlichen Glauben an das Unternehmen. Wir als Teil einer jungen, Video-verrückten Generation, lieben dieses Medium und es ist unsere Motivation es auch auf Shopping zu übertragen. Dass es noch keine Videoplattform für Shopping und Produkte gibt, hatte unsere Neugier geweckt. Daraus entstand mit der Zeit ein konkretes Konzept. Wohl in den seltensten Fällen wird die erste Idee haargenau umgesetzt, vielmehr folgen meist ausführliche Recherche, stundenlange Diskussionen mit Freunden und viele Rückschläge. Dabei ist uns natürlich bewusst, dass die Erfolgchancen gering sind, schließlich handelt es sich wie so oft bei Start-Ups um

einen klassischen „the-winner-takes-it-all“ Markt. Doch einmal dazu entschieden, den Schritt zu wagen, waren alle zuvor großen Zweifel verfliegen. Von nun an galt es, mit unserer Idee die Welt zu verändern.

Während in den USA solche Termini zur Normalität gehören, agieren Unternehmen in Deutschland viel zurückhaltender, auch in ihrem Ausdruck. Oft wird gepredigt, in kleinen Schritten zu denken, bloß nicht zu viel Risiko einzugehen und Situationen zuerst genauestens zu analysieren. Sicherlich hat es Deutschland damit weit gebracht. Gleichzeitig verhindert die zurückhaltende Denkweise aber auch den Aufbau großer, innovativer Konzerne und schürt Ängste, das Land könnte im weltweiten Vergleich zurückfallen.

Dabei hat Deutschland in den letzten Jahren so gut wie keine globalen Player oder zumindest Unicorns, also Start-Ups mit einer späteren Unternehmensbewertung von über einer Milliarde Euro, hervorgebracht. Vielleicht kommen einem noch Unternehmen wie Soundcloud, Zalando, HelloFresh oder Delivery Hero in den Sinn. Als innovative Game Changer gelten diese jedoch nicht. Deutschland sollte in einem größeren Maßstab denken und mehr Mut haben, um global wettbewerbsfähig zu bleiben.

Als Gründer hört man außerdem immer wieder, dass seine Idee zwar gut sei, diese aber früher oder später sowieso einfach von großen Internetkonzernen kopiert und in deren Angebot integriert werde. Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, dass mit der Fokussierung auf bestimmte Bereiche oder Zielgruppen oft eine deutlich bessere Lösung angeboten werden kann, als bei einer Einbindung in einen Generalisten. Nicht ohne Grund haben sich beispielsweise Instagram, WhatsApp oder Twitch durchgesetzt, obwohl deren Lösungen genauso als Teil der dominanten und als innovativ geltenden Unternehmen wie Facebook oder YouTube funktioniert hätten oder sogar von diesen integriert wurden.

Die Voraussetzungen für Start-Ups in Deutschland sind im Moment nicht schlecht. Gründen ist hip und es wird immer mehr gefördert. Dennoch hat die Entscheidung des Europaparlaments für neue Internetregeln, die vermutlich das Prinzip der Netzneutralität aufheben könnten, die gesamte Start-Up-Welt zusammensinken lassen. Die Netzneutralität ist bisher ein Grundprinzip des Internets und garantiert, dass alle Daten mit der gleichen Geschwindigkeit durch das Netz gelangen und nicht mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten wie in einer Zwei-Klassen-Gesellschaft. Dadurch laden alle Webseiten gleich schnell, denn Internetanbieter dürfen keinem Kunden, der bereit ist, mehr zu zahlen, um sich einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, bevorzugen.

Die neue Verordnung bietet jedoch genau dafür Schlupflöcher und bremst somit gerade Start-Ups, die sich keine Bevorzugung durch Internetanbieter erkaufen können, aus. Natürlich ergibt eine beschleunigte Internetverbindung für Notrufe oder Telemedizin Sinn, womit das Europaparlament seine Entscheidung begründete. Wenige Stunden nach der Bekanntgabe des Beschlusses des europäischen Parlaments hat die deutsche Telekom etwa bereits mitgeteilt, dass sie nun an einem Geschäftsmodell arbeite, bei dem Unternehmen für bessere Übertragungsqualität die Telekom an ihren Umsätzen beteiligen sollen. Gerade für Start-Ups mit anfangs minimalen Margen und oft jahrelangen Verlusten, könnte das eine nicht tragbare Belastung sein. Als Video-Start-Up, mit enorm hohem Datenvolumen, sind wir besonders besorgt. Vielleicht gründen wir also gerade noch rechtzeitig, um unsere Vision in die Wirklichkeit umsetzen zu können.

*Jakob von Egidij*  
-Universität St. Gallen-

## Impressum

Die PuG ist eine Zeitung von Studierenden und anderen jungen Leuten. Gründungsort und Sitz der PuG ist die Bucerius Law School in Hamburg. Die Redakteure sind, wenn nicht anders gekennzeichnet, Studierende der Bucerius Law School.

The PuG is a newspaper run by students and other young people for everyone. It was founded and it is based at Bucerius Law School in Hamburg, Germany. If not indicated otherwise, our Editors are students from Bucerius Law School.

### Besonderer Dank gilt der:



Insbesondere ihrem Vorstandsvorsitzenden Herrn Prof. Dr. Michael Göring

### Redaktionsleitung:

Marc Philip Greitens  
Lukas Schlegel

### Redaktion:

Felix K. Bassier

Clara Belting  
Pauline Boppert  
Benedikt Coekoll (FJS Berlin)  
Arlette Greitens  
Celine Harms  
Ghazzal Novid (CAU Kiel)  
Sophia Schamberg  
Julius Weidig

### Layout und Design:

Verene Kerscher (FH München)  
Flemming Kilian

### PuG online

Ivan Rosado (Programmierer)

### Mitarbeit und Illustration (Seite 2):

Valérie Greitens

### V.i.S.d. § 8 HmbPresseG:

Politik und Gesellschaft e.V.  
Jungiusstraße 6  
D-20355 Hamburg

ISSN 1862-0213

Alle Beiträge erscheinen, wenn nicht anders gekennzeichnet, exklusiv in Politik & Gesellschaft. Die dabei vertretenen Ansichten sind solche der Autoren; sie spiegeln nicht zwangsläufig die Ansichten der Redaktion oder der Bucerius Law School wider.

# KUNST

## Selbstinszenierung zum gesellschaftlichen Ideal

Im Rahmen eines Kunstprojekts zum Thema Selbstinszenierung habe ich mich mit der Scheinwelt sozialer Medien auseinandergesetzt. Auf Plattformen wie Facebook und Instagram wirkt es so, als müsste jeder nach außen hin perfekt wirken. In den Nutzerprofilen wird versucht, sich möglichst von der besten Seite zu präsentieren. Jedoch verzerren die hochgeladenen Inhalte wahrscheinlich häufiger als man denkt und unbewusst die Realität. Grundsätzlich kann die Angelegenheit, der Öffentlichkeit in voller Breite des Internets ausschließlich vorteilhafte

Bilder von sich selbst bereitzustellen, nicht wirklich kritisiert werden. Problematisch ist es dann, wenn die Realität verzerrt wird. Unabhängig von den eigentlichen Umständen, will der Nutzer auf dem Foto „cool“ sein, er inszeniert sich förmlich zu jemandem, der er nicht ist. Quasi eine Selbstinszenierung zum gesellschaftlichen Ideal.

In meinem Projekt wollte ich diese Praxis nachahmen. Ich habe mich so dargestellt, dass der Post sozusagen Instagram-reif ist, obwohl die tatsächliche Situation des Fotos keines Falls ist.

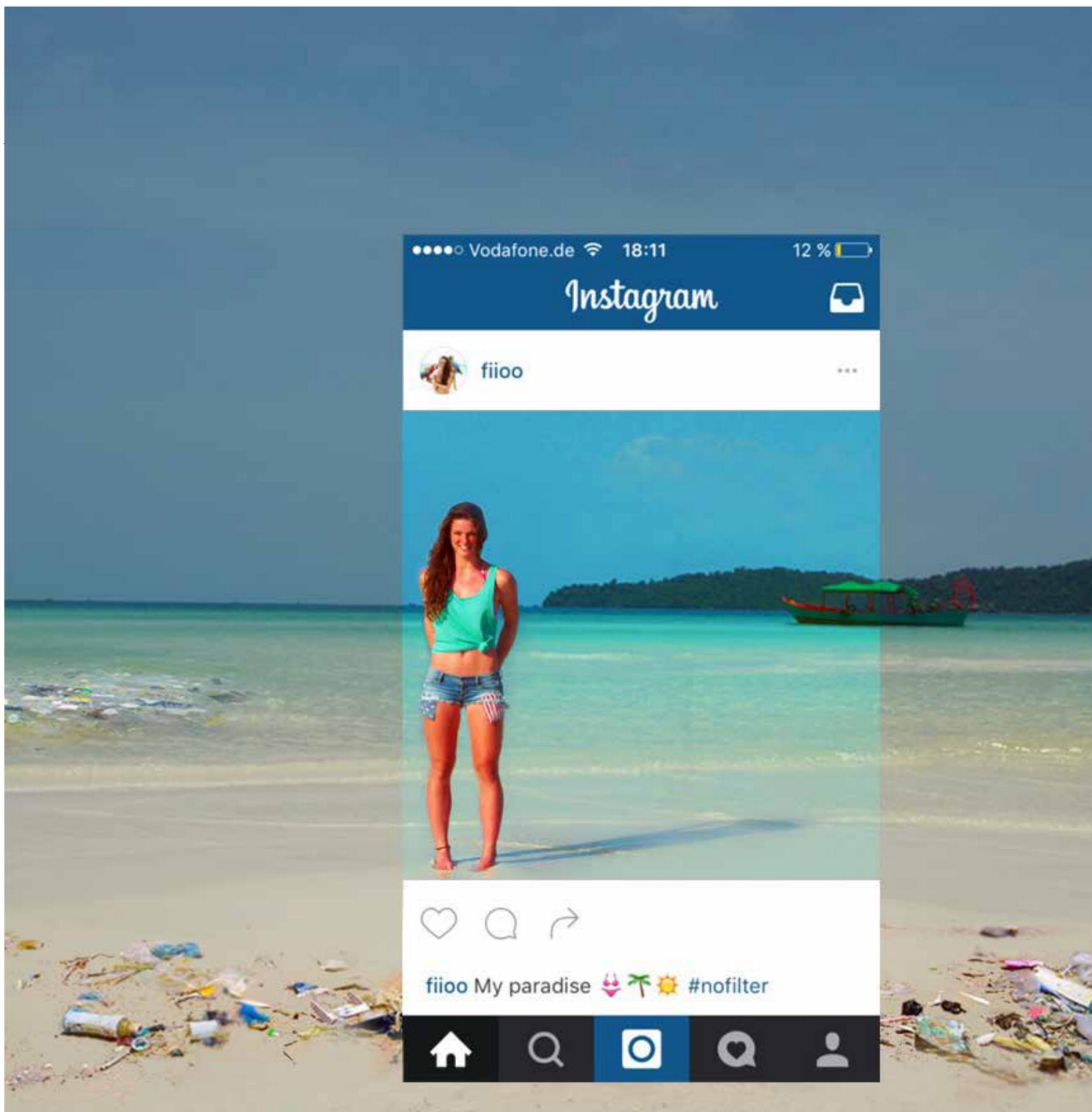
### #nofilter

Auf Instagram mag jetzt jeder denken, der Strand sei so schön und paradiesisch, dass das Bild gar keinen Filter mehr braucht. Die abgeschnittene Müllhalde ist nur leider keineswegs paradiesisch. Anstelle einer kleinen Face-Tune-Retusche, die das ein oder andere Selfie aufweist, ist dieses Bild einfach „cropped to perfection“. Über all das, was weggeschritten ist bzw. sein könnte, wird nicht im geringsten nachgedacht.

Natürlich ist nicht jeder Instagram-Post und jedes Facebook-Foto verfälscht, trotzdem sollte man sich vor Augen führen, was neben dem „cropped to perfection“ Quadrat noch so rumliegen bzw. passieren könnte. Besonders aber auch darüber, ob die abgebildete Person und die Situation im echten Leben tatsächlich so ist, wie es auf dem Instagram-Profil scheint.

*Fiona Nachtigall*

-Abiturientin am Gymnasium Ohmoor,  
Hamburg-



# Clausnitzer Demokratie in drei Akten

## Erster Akt: Forderungen des Volkes

Hey Hey Hey hey hey hey hey hey  
 Hey hey hey hey  
 hey hey hey hey  
 hey hey hey hey

Widerstaaaaand! Widerstaand!  
 Widerstaaaaand!

Verpisst euch doch!  
 Braucht doch ni rumheuln hier  
 Was seid ihr erschd hier her gegomm  
 wenn ihr jetz hier rumflennnd?

HEEM!!!

den Rotzer mit dem Telefon  
 der häld die ganze geschichdä midd samm dehlefohn fest  
 AB NACH HAUSE!!!  
 dann hol den doch mal raus jetze  
 RAUSHOLEN!  
 RAUS! RAUSSS DA!!!

drinne lassn

Hol doch mal raus da!  
 den Rotzer!  
 Hol raus jetz!  
 RAUUUUSS!!! RAUUUUSS !!!  
 RAUS JETZTE GOMM!!!!

## Zweiter Akt: Die Polizei gibt den Forderungen statt

JAAAAAAAAAAAAAAAAA JAAWAAAAAAAAAAAA  
 JAAAAAAAAWAAWAAAAAAAAAAAA JAAAAASAAAAAAAA  
 JAAAAAAAAAAAAAAAAA JAAIAAA AAJJAA !!!!!!! AAH JAAAASAAAAAAAA  
 JAAAAVVOOOHLK!!! WIR !!!!! JAWOOOHL!  
 AAAAH!! JAAAAAAAAAAAAAAAAAJAWOOHL!  
 JAVVVVVOOOHHHLLLL!!!! DAS!!!!!! JAAAAAAAAAAAAAAAA!!!!  
 GENAU SO! JAAAAAAAAAAAAAAAAAAAA VOOOLK!!!!!!  
 AAAAAAAAAAHHHH!! WIR SIND DAS VOLK JAAAAAAAAAAAAAAAA!!!!  
 JAAAAAAAAAAAAAAAAAAAA  
 WIR SIND DAS VOLK JAAAAAAAAAAAAAAAAAAAA JAAAAA!!!!  
 WIR SIND DAS VOLK AAAAJAJAAAAAAAAAAAA JAAAAAAAAAAAAAAAA  
 WIR SIND DAS VOLK WIR SIND DAS VOLK WIR SIND DAS VOLK WIR  
 SIND DAS VOLK WIR SIND DAS VOLK WIR SIND DAS VOLK  
 WIIIIIR SIIIIIND DAS VOOOOLKKKK !!!!!  
 WIIIIIR SIIIIIND DAS VOOOOLKKKK !!!!!  
 WIR SIND DAS VOLK  
 WIR SIND DAS VOLK  
 WIR SIND DAS VOLK  
 WIR SIND DAS VOLK

Scham

- Pause -

Clausnitz ist die Haupt  
 Stadt  
 der Bundes  
 Republik Deutschland  
 ein paar Tage lang

erobert Clausnitz Schlag  
 Zeilen  
 der Länder und Städte

erobern durch Rückkehr  
 in überwundene Wüsten  
 eine Fata Morgana  
 die wüsten Kinder  
 von Tätern

brüllen  
 in die Welt  
 dass sie die Verlierer sind  
 gleich wie die Sache  
 ausgeht  
 die den Kampf verloren haben  
 gegen sich  
 und nun gegen andere  
 kämpfen müssen  
 jene  
 welche Parolen mit Lösungen verwechseln  
 auf beiden Seiten

*schlimm genug  
 dass eine runde Welt  
 die sich doch bewegte  
 wieder besteht  
 aus zwei stillgestandnen Seiten*

- Ende der Pause -

Dritter Akt: Was vom Rand des Blattes nicht hinunterfällt ...

# Hexenjagd

Sie ist eröffnet  
 Eher hetzerische Jagd  
 Auf Sie!  
 Die alle so böse  
 und doch nichts sind  
 als Geächtete  
 Unschuldige?  
 Solange sie verdächtig  
 stürzen wir uns auf sie  
 bevor ihre Unschuld bewiesen ist  
 Die Pädophilenausländermörderterroristenhexen!  
 Nennt sie!  
 und die Jagd beginnt...

Schreie  
 fallen  
 sterben  
 in Braun Rot Go

*Jonas Labudda*  
 - Universität Bremen -

# Belief

As a kid, I was scared of the bad guys. I say "was" not because I have confronted my fear but because bad guys just aren't the same anymore. My boss, my landlord, the last guy who dumped me – they've got nothing on the wolf in Little Red Riding Hood. These days there is no Wicked Witch of the West, no Erbkönig, no evil fairy, no Voldemort (not quite sure about that one frankly, but bear with me). When I was a kid, all of them existed: I held the firm belief that storybook characters actually did come alive. The page was their medium.\*

Picture books proved particularly convincing (read: threatening). Checking and checking again and again if the bad guys were "still there" – on the page as opposed to, say, behind my bedroom curtains – quickly became my nighttime routine. Pretty annoying? I thought so, too.

So I locked those bastards up.

Without fail I wedged any book containing dangerous imagery between my dresser and the wall, turning the gap into a functional hybrid of jail and purgatory. Not only did I feel mighty like a policewoman and the Catholic Church rolled into one – I was safe again. Safe from the Grim Reaper attending Leonardo (you got it, William Thacker: da Vinci)'s cadaver dissections in my book about the human body; safe from the wolves and witches; safe from the predator in my children's bible who almost clubbed a homeless guy to death (spoiler alert: The Good Samaritan eventually came to the rescue). Safe. Out of sight, out of mind.

...said someone without ears. I was woken up in the middle of the night by a grinding sound coming from behind my dresser. FINGERNAILS SCRATCHING ON WALLPAPER. What followed was a 4th dimension roller coaster of emotions.  
*Terror.*

My mind went like, shit's going down, they're gonna come and get me for real this time.

*Realization.*

They were stuck in a less-than-one-inch-wide purgatory! Ha, ha!

*Relief!*

I burst into a sort of distorted horizontal Can-Can dance.

*Shit.*

Wait a minute. I hadn't just put the bad guys away. Locked in there with all the villains of children's literature was the Good Samaritan! – that poor already-almost-dead guy! – Leonardo! Was it THEIR fingernails? Were they... scratching for help!?

*Guilt.*

My dad looked incredulous and something that could be construed as either utterly grumpy or reluctantly amused when he got out of bed and moved the dresser aside.

?????

A cricket of about one inch, chirping as though his life depended on it, jumped into

freedom, leaving behind a small stack of storybooks.

The next day, older and wiser, I bought a sharpie and put the bad guys behind black ink bars. That poor cricket had barely escaped them, after all.

*Pia Richter*  
 -Bucerius Law School-

\* Come to think of it, it was a classic life-handing-you-lemons situation. No idea why instead of making lemonade a.k.a. out with George Weasley all day err day, what I did was be scared of a wizard with no nostrils.

# Kölner Silvesterstimmung

Wenn die Polizei über die Herkunft  
 Angeklagter schweigt  
 um Nicht-  
 Angeklagte  
 derselben Herkunft  
 vor dem Volk zu schützen  
     stimmt etwas mit dem Volk  
     noch mehr nicht  
     als mit der Polizei.

Und wenn Vertreter der Medien  
 einzig die Polizei anklagen  
     dafür dass sie sich schützend vor die stellt  
     die zu Unrecht angeklagt würden  
     würde sie sich nicht auch vor die stellen  
     die zu Recht angeklagt werden  
 und nicht das Volk  
     dessen Anklagen so laut sind  
     dass die Polizei schweigen muss  
     damit nicht alles Lärm der Anklage wird  
 dann stimmt mit den Vertretern der Medien  
 noch weniger  
 als mit dem Volk.

Und wenn die Vertreter der Politik  
 Aufklärung fordern und dabei einzig  
 die Polizei meinen  
     von der sie sagen  
     dass etwas mit ihr nicht stimme  
     und nicht das Volk  
     von dem sie wissen  
     dass etwas mit ihm nicht stimmt  
     worüber sie aber noch mehr schweigen  
     als die Polizei  
     über die Herkunft  
     Angeklagter  
     schweigt  
 dann stimmt mit den Vertretern der Politik  
 am wenigsten.

Und wenn ich dann in die Hände klatsche und rufe:  
     „Jawohl! Aufklärung!“  
     „Das Gastrecht wird missbraucht!“  
     „Wir brauchen härtere Gesetze!“  
 und dabei einzig  
     die Aufklärung      der Politiker  
     und das Gastrecht    der Politiker  
     und die Gesetze      der Politiker  
     meine  
 dann sollte ich auch meinen  
 dass etwas so sehr mit mir nicht stimmt  
 dass ich mit der Stimme  
 der Polizei  
 und des Volkes  
 und der Vertreter der Medien  
 und der Vertreter der Politik  
 spreche

und mich also fragen  
 ob ich meine eigene Stimme  
 noch hören kann.

**Fortsetzung von Seite 1**

ben keine politische Heimat mehr und wenden sich rechten Parteien oder Bewegungen zu, die sich gegen die Offenheit der Nation stellen. Auch das muss eine Demokratie tolerieren. Wenn Politiker der Mitte jedoch den Dialog mit den neuen Rechten vermeiden, handeln sie nicht verantwortungsbewusst. Dialog ist nämlich essentiell, um Motive rechter Wähler nachzuvollziehen und diese

gegebenenfalls von einer Abkehr vom rechten Rand zu überzeugen.

Wo sind also die Pazifisten? Wo sind die überzeugten Europäer? In Zeiten des Anti-Europäismus sollten sie ihre Stimmen umso lauter erheben, um Europas derzeit wertvollsten Besitz, den Friedens, der geistigen Verbrüderung und der kulturellen Offenheit weiterhin zu erhalten. Die Generationen, die in

den Frieden Europas hineingewachsen sind, sollten realisieren, dass ohne diese fundamentalen Bedingungen die dünne Decke der Zivilisation jederzeit einreißen kann. In der Welt von morgen könnte Botho Strauß' Vision von Konflikten innerhalb des Kontinents real werden.

*Amelie Pauline Boppert*  
- Bucerius Law School -

**Schwerpunkt der nächsten Ausgabe...**

Fanatism kills faith.

**FANATISM KILLS – FANATISMUS TÖTET.**

Was ist Eure Meinung zum Schwerpunktthema der kommenden PuG-Ausgabe Nr. 18? Schickt uns Eure Beiträge! (Wie das geht? Siehe dazu die Erläuterungen auf Seite 2 und Seite 18 sowie auf facebook.com/wearepug).

Fanatism kills. What is your opinion on the main subject of PuG's 18th edition? Send us your contributions. (How to do it? See our explanations on pages 2 and 18 and visit us on facebook.com/wearepug)

**Inhalt der Ausgabe Nr. 17****TITEL**

- 1 Freie Radikale  
*Über die Bedeutung, ein Europäer in Zeiten des Anti-Europäismus zu sein*

**SCHWERPUNKT**

- 3 Demokratie neu denken  
*Ungleichheit aus politikwissenschaftlicher Perspektive*
- 3 Dr Jekyll and Mr Hyde  
*The Geography of Urban Inequality*
- 4 Was war da nochmal links?  
*Die Demontage der Idee einer besseren Welt*
- 5 Coming Up for Air  
*An Essay on Environmental Racism*

**POLITIK**

- 6 Transatlantische Zukunft  
*Über unsere Partnerschaft mit den Amerikanern*
- 7 Mammon und Moral  
*Über die Macht der Sprache in der Schuldenkrise*

**GESELLSCHAFT**

- 9 Clone Wars mit dem Messenger(n)  
*Schrebergärten auf dem Handy*
- 9 Reist und redet!  
*Egal, wie lange die Strecken und Gespräche sind*
- 9 Die Kunst des Essens  
*Gemeinsam Essen zelebrieren*
- 10 Innere Landschaften  
*Der Einfluss von Roger Willemsen auf mein inneres Erlebnis*

**WIRTSCHAFT**

- 10 Challenging the 3.0 retail  
*Perspectives for the European retail sector*
- 11 Wir werden sehen  
*Ein Start-Up Gründer über die Zukunft des E-Commerce*

**KUNST**

- 12 Selbstinszenierung zum gesellschaftlichen Ideal
- 13 Clausnitzer Demokratie in drei Akten
- 14 Hexenjagd
- 14 Belief
- 15 Kölner Silvesterstimmung